

**Konzeption der Gedenk- und Bildungsstätte
„Andreasstraße“
in Erfurt**

1. Zusammenfassung	4
2. Vorbemerkungen	7
3. Einleitung	10
4. Einordnung der „Andreasstraße“ in die Gedenkstättenlandschaft Thüringens	11
5. Warum eine Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ und wen erwarten wir als unsere Besucher?	12
6. Leitgedanke und Vision: Der „Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort“ – eine „Gedenkstätte in progress“	16
6.1 Der authentische Ort	17
6.2 Der biografische Zugang	18
6.3 Wissenschaftliche Forschung und politische Bildung	19
6.4 Das Archiv/ Hörarchiv	19
7. Das Ausstellungskonzept: Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort	20
7.1 Der individuelle Zugang: Die „zweite Etage“ als Erinnerungsort	21
7.2 Der institutionelle Zugang: Die Dauerausstellung als Gedenkort	21
7.2.1 Topografie der Macht	22
7.2.2 Hausgeschichte	24
7.2.3 Haftgeschichte	25
7.3 Der bildungspolitische Zugang: Der Lernort	26
7.3.1 Das pädagogische Konzept	26
7.3.2 Die Projektarbeit des Lernortes	27
7.3.2.1 Widerstand und Opposition	27
7.3.2.2 Überwachung und Verfolgung	29
7.3.2.3 Jugendpolitik und Generationszusammenhang	31
7.3.2.4 Gesellschaft und Eigentum	32
7.3.2.5 Literatur und Kunst	34
7.3.2.6 Das Entstehen von Geschichte: Die Debatte um die Aufarbeitung zweier Diktaturen	35

7.3.3 Wie sich der Lernort in der Ausstellung widerspiegelt	37
8. Erläuterungen zum Finanzplan	38
8.1 Das Gebäude: Sanierung und Ertüchtigung	38
8.2 Das Gebäude: Kostenschätzung für Sanierung und Ertüchtigung	39
8.3 Ausstellung: Kostenschätzung für Erstinvestition	39
8.4 Ausstellung: Kostenschätzung der Betriebskosten	40
8.4.1 Besucherzahlen und Öffnungszeiten	40
8.4.2 Ausstellung: Personal- und Betriebskosten	40
8.5 Strategische Partner und Öffentlichkeitsarbeit	43
9. Zeitplan und arbeitsteiliger Prozess	44
9.1 Eröffnung	44
9.2 Die wichtigsten Gewerke zum Aufbau der Ausstellung	45
9.3 Pädagogische Betreuung und die zu schaffenden Beiräte	45
9.4 Anstehende Aufgaben - „To do“-Liste	46

1. Zusammenfassung

Begründung

Das Gefängnis in der Andreasstraße in Erfurt ist ein Symbol der Unterdrückung und der Freiheit. Von 1952 bis 1989 diente es auch dem Ministerium der Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Untersuchungshaftanstalt und wurde somit zu einem Ort brutaler Unterdrückung und politischer Strafjustiz. Zugleich war die unmittelbar angrenzende Bezirksverwaltung des MfS in Erfurt die erste auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, die am 4. Dezember 1989 von Erfurter Bürger/innen gestürmt und besetzt wurde. Dabei war auch die Untersuchungshaftanstalt einbezogen.

Ausgangspunkt der Initiativen zur Errichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte war der bevorstehende Abriss des historischen Gebäudes im Jahr 2004. Nachdem der Abriss durch engagierte Erfurter Bürger/innen mit Unterstützung des Landesamtes für Denkmalschutz und Archäologie, der Thüringer Landesbeauftragten für Staatssicherheitsunterlagen sowie der Gesellschaft für Zeitgeschichte in Erfurt verhindert worden war, setzten die ersten Überlegungen zur Nutzung des Gebäudes als Gedenk- und Bildungsstätte ein. In den Jahren 2004 bis 2006 fanden in dem unveränderten und seit 1989 fast gänzlich unbetretenen Zellentrakt der Stasi-Untersuchungshaftanstalt drei saisonale Kunstaussstellungen unter dem Titel EINSCHLUSS statt. Die drei EINSCHLUSS - Ausstellungen stießen sowohl unter den ehemaligen Häftlingen und Opfern politischer Gewalt als auch unter der Erfurter Bevölkerung auf großes Interesse und Zuspruch. Sie waren es auch, die den entscheidenden konzeptionellen Ansatzpunkt einer zu errichtenden Gedenkstätte in der Andreasstraße setzten.

Arbeitsgruppe, Erhalt des authentischen Ortes und Leitgedanken des Gedenkstättenkonzeptes

Im Gefolge der EINSCHLUSS - Ausstellungen gründete sich eine Arbeitsgruppe, um sich für die Errichtung einer Gedenkstätte „Andreasstraße“ in Erfurt einzusetzen. Die Arbeitsgruppe bestand aus Mitgliedern der oben bereits erwähnten Thüringer Landesbeauftragten für Staatssicherheitsunterlagen sowie der Gesellschaft für Zeitgeschichte, aus engagierten ehemaligen politischen Häftlingen, die sich inzwischen zu einem eigenen Verein „Freiheit e.V.“ zusammengeschlossen haben und schließlich aus dem Kurator der EINSCHLUSS-Projekte. Die Überlegungen zur Errichtung einer Gedenkstätte gingen von drei grundsätzlichen und im

vorliegenden Konzept verankerten Festlegungen aus.

1. Der authentische Ort im Dreiklang von Gedenken, Erinnern und Lernen

Die zu errichtende Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ soll dem Anspruch nach gewährleisten, dass dort ein Dreiklang von Gedenken, Erinnern und Lernen entsteht. Diesem Dreiklang ist das vorliegende Konzept verpflichtet.

Es soll gewährleistet werden, dass der authentische Ort auf eine sensible, historisch verantwortbare und architektonisch behutsame Weise konserviert wird. Insbesondere der original erhaltene Zellentrakt in der zweiten Etage des Gebäudes soll unverändert und sorgfältig konserviert der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden - und so Zeugnis vom Umgang des DDR-Staates mit den Menschenrechten ablegen.

Für die Betroffenen, die Opfer der SED-Diktatur, soll die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ zu einem Ort des Erinnerns werden. Im Konzept ist dieser Anspruch durch einen von den Betroffenen ausgehenden, biografischen Zugang in der Dauerausstellung, die weitere wissenschaftliche Erforschung von Einzelschicksalen und einem zu gründenden Zeitzeugenbeirat für die Gedenk- und Bildungsstätte vorgesehen.

Für ein breites deutsches und internationales Publikum - vor allem aber für die nachwachsenden Generationen - soll die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ ein Ort des Gedenkens, Erinnerns und Lernens der Geschichte der zwei Diktaturen in Deutschland werden. Dieser Anspruch soll vorwiegend über ein intensives, thematisch differenziertes und mit unterschiedlichen Kooperationspartnern zu gestaltendes Bildungsprogramm verwirklicht werden.

2. „Gedenkstätte in progress“

Dem kunstgeschichtlichen Begriff eines „work in progress“ angelehnt, beschreibt eine *Gedenkstätte in progress* einen Gedenk- und Bildungsort, der in der Ausgestaltung der Ausstellung und in den Themen ihrer politischen Bildungsarbeit ex ante keine abgeschlossenen und dauerhaften Festlegungen trifft. Eine so konzipierte Gedenk- und Bildungsstätte soll in die Lage versetzt werden - mit Zeitzeugen, Wissenschaftler/innen, Künstler/innen, Jugendlichen und Besucher/innen - im permanentem Gespräch zu bleiben, eine fortlaufende gedankliche Weiterentwicklung der Ausstellungsinhalte zu erarbeiten, eine kooperative und interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und den Trägern der politischen Bildung zu unterhalten und eine kurzfristig veränderbare und flexibel zu handhabende Ausgestaltung der Ausstellungsräume - technisch, wie inhaltlich - zu gewährleisten.

3. Politische Bildung als Garant nachhaltiger Gedenkstättenarbeit

Das Ausstellungskonzept wird einen mehrdimensionalen Zugang zur Vergangenheit pflegen und sich nicht auf die historische Aufarbeitung der SED - Diktatur beschränken. Die pädagogische Arbeit ist diesem Anspruch nach interessen­geleitet, diskursiv, ergebnisoffen zu gestalten und strebt in ihren Themen eine lebensweltliche Anbindung an. Neben einem sich logisch und übersichtlich aufbauenden Rundgang durch die Gedenkstätte, der den Individualbesucher/innen eine Orientierung und Möglichkeit des intensiveren Studiums gibt, ist die Zielrichtung der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“, dass wissenschaftlich fundierte und intensiv betreute Projektarbeiten angeboten werden. Mittels dieser wird die Gedenk- und Bildungsstätte zum Lernort. Die Zusammenarbeit mit den Zeitzeugen ermöglicht eine Vertiefung der Themen durch die lebendige Vermittlung der geschichtlichen Vergangenheit und der persönlichen Betroffenheit. Die Ergebnisse der Projektarbeiten sollen die Ausstellung reflektieren, erweitern und neu gestalten.

Für diese Projektarbeiten ist eine intensive und professionelle pädagogische Arbeit vorgesehen, die sich explizit als flexibel integrierbares Angebot für die Träger politischer Bildung versteht.

2. Vorbemerkungen

„Wissen Sie, ich saß da auch drin – von 1972 bis 73.“ Solche oder ähnliche Sätze fallen in den letzten drei Jahren zunehmend, wenn man sich mit Erfurtern über ihr Leben in der DDR unterhält. Die Untersuchungshaftanstalt (UHA) der Erfurter Bezirksverwaltung (BV) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Andreasstraße rückte nach deren teilweisen Öffnung durch die EINSCHLUSS-Projekte so aus dem Bereich des Vergessens und Verdrängens zunehmend in den Raum einer offenen gesellschaftlichen Diskussion.

Die „Andreasstraße“ ist in Erfurt ein Symbol: Ein Symbol, das sowohl für Unterdrückung und Repression in der DDR als auch für die Befreiung im Herbst 1989 aus dieser Diktatur steht. Die MfS-Bezirksverwaltung in Erfurt war die erste, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von Bürgern besetzt wurde. Diese symbolische Doppel-Bedeutung des Gebäudes – einerseits für die ehemaligen Inhaftierten mit ihren Erinnerungen an die traumatischen Erlebnisse in der UHA, andererseits dem Gefühl, sich 1989 bei der Besetzung der BV selbst befreit zu haben – muss immer mitgedacht werden, um die Zwangsläufigkeit des Gedankens an eine Gedenk- und Bildungsstätte an diesem Ort zu verstehen.

Nachdem im Jahre 2001 der Betrieb der Haftanstalt als Untersuchungshaftanstalt eingestellt worden war, gab es keine vorgesehene Nachnutzung für diesen Ort und das Gebäude verfiel zusehends. So wurde von der Regierung des Freistaates der Entschluss gefasst, das Gebäude abzureißen, um dort Parkplätze zu schaffen. Dieser geschichtsvergessene Umgang mit dem Ort forderte den Widerspruch einiger Erfurter Bürger heraus und mit Unterstützung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie, sowie der tatkräftigen Intervention der Landesbeauftragten für Staatssicherheitsunterlagen Hildigund Neubert wurde das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt.

Nach ersten Begehungen im Sommer 2004 war den Mitgliedern des Vereins Gesellschaft für Zeitgeschichte schnell klar, dass die ehemalige UHA des MfS in Erfurt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muss. In Zusammenarbeit mit Hildigund Neubert wurde die zunächst vage Idee geboren, das zu diesem Zeitpunkt unzugängliche Gebäude zu öffnen und dafür ein Ausstellungsprojekt zu entwickeln. Im Sommer 2005 wurde es der Öffentlichkeit, zumindest in Teilen, erstmals zugänglich gemacht. Zu dem vom Kurator Manfred May organisierten Kunstprojekt EINSCHLUSS 1 kamen in den drei Monaten seines Bestehens über 8000 Besucher. Diesen Ort auf Dauer zugänglich zu halten, wurde von den Besucher/innen und vor allem von den ehemals in der Stasi-U-Haft Erfurt Inhaftierten, offen als Wunsch formuliert.

In dieser Zeit entstanden auch die ersten Überlegungen, aus dem verfallenden Gebäude der ehemaligen MfS-UHA Erfurt eine Gedenkstätte zu errichten. Ein konkreter Plan war eine kombinierte Nutzung des Gebäudes bestehend aus einem Jugendhotel und einer Gedenkstätte. Weiterhin wurden eine Reihe von Vorarbeiten geleistet, wie z.B. die Erstellung von statischen Berechnungen bis hin zu ersten Gutachten, auf die sich die zukünftige Gedenk- und Bildungsstätte beziehen kann.¹

Neben diesen kontinuierlichen Arbeiten an der Planung einer Gedenk- und Bildungsstätte – vor allem aber auch die Verfestigung des Gedankens daran, eine solche in der politischen und gesellschaftlichen Landschaft des Freistaates zu verankern, wurde für das Jahr 2006 ein weiteres EINSCHLUSS-Projekt veranstaltet. EINSCHLUSS 2 war wiederum überaus erfolgreich und stieß auf großes Besucherinteresse. Unter den Besuchern/innen waren zunehmend viele ehemalige Häftlinge, die Jahre nach ihrer Inhaftierung erstmals – alleine oder in Begleitung ihrer Familie – an diesen Ort zurückkehrten. Die Vielzahl der Einträge in das Besucherbuch belegen, wie wichtig die Öffnung dieses Hauses für die Betroffenen war. Der Besuch wirkte für sie als Akt der individuellen Befreiung von der Last der eigenen Biographie. Und so verfestigten sich durch Gespräche und das Mitwirken der ehemaligen Inhaftierten die Pläne, in der Andreasstraße 37 eine Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ einzurichten. Dieses Haus mit seiner Geschichte sollte gerade wegen dieser Geschichte und als Ort, dieser Geschichte authentisch begegnen zu können, erhalten bleiben.

Dieses Ansinnen wurde nun auch vermehrt von Politikern des Landes Thüringen und der Stadt Erfurt unterstützt. So sprach sich Ministerpräsident Dieter Althaus bereits im Jahr 2005 für die Einrichtung einer Bildungs- und Gedenkstätte aus und die Stadt Erfurt verpflichtete sich in dem Stadtratsbeschluss StR 074/06 zur Trägerschaft einer solchen Gedenk- und Bildungsstätte. Aus der Arbeit mit den Besucher/innen bei den EINSCHLUSS-Projekten und den damit einhergehenden (und oftmals erstmaligen) Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit der eigenen Biografie kam noch ein neuer Akteur für die Planung der „Gedenk- und Bildungsstätte“ hinzu: Die ehemals Inhaftierten schlossen sich in dem Verein Freiheit e.V. zusammen, um engagiert an der Planung und Ausgestaltung teilzuhaben.

Somit setzt sich der Gründerkreis der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ aus folgenden Akteuren zusammen: Mitgliedern der Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V., Vertretern der LStU Thüringen, dem Verein Freiheit e.V. sowie dem künstlerischen Leiter der EINSCHLUSS-

¹ Dazugehörige Unterlagen können bei der LStU Thüringen eingesehen werden.

Projekte. Über die „Stiftung Aufarbeitung“ wurden Projektmittel beantragt, um mit Hilfe eines externen Wissenschaftlers ein Konzept für die Gedenk- und Bildungsstätte in der Andreasstraße zu erarbeiten. Das nun vorliegende Konzept ist das Ergebnis eines langfristigen und intensiven Diskussionsprozesses und gibt den bisherigen Stand dieser Diskussion wieder.

So ist die Auseinandersetzung der ehemaligen Häftlinge mit dem Ort ihrer Haft erst seit vergleichsweise kurzer Zeit möglich. Die Wiederbegegnung mit der eigenen Vergangenheit ist schmerzhaft, turbulent und naturgemäß starken Schwankungen unterworfen. Dabei werden ihre Stimmen zunehmend stärker und deutlich hörbarer. Durch die geführten und noch zu führenden Diskussionen, sowie durch die Einschränkung oder Ausweitung des baulichen Rahmens, werden sich zwangsläufig noch Änderungen ergeben. Der Gedanke einer „Gedenkstätte in progress“, in der Offenheit, Flexibilität und Interaktivität zusammen gedacht sind, versucht, diesen Zustand als Chance zu interpretieren.

3. Einleitung

„Als ehemaliger Insasse dieses Hauses hoffe und wünsche ich, dass hier ein bleibendes Denkmal erhalten wird, zur Erinnerung und als Mahnung.“ (Aus dem Besucherbuch)

Ohne Vergangenheit gibt es weder Gegenwart noch Zukunft. Gerade die deutsche, von extremen Brüchen gekennzeichnete, Geschichte im 20. Jahrhundert sollte Anlass und Beispiel sein, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen, um die Gegenwart zu verstehen und sich um die Zukunft zu bemühen. Dabei zeichnet sich Deutschland als ein Land mit vielen Erinnerungs- und Gedenkort aus. Unter den vielen Stätten zu regionalen und überregionalen historischen Ereignissen sind es vor allem die Erinnerungs- und Gedenkort zur NS- Diktatur, die nicht nur das Gedenkstättenbild, sondern auch die Erinnerungsdiskussion prägen. Daneben treten verstärkt Orte des Gedenkens an die kommunistische Diktatur und deren Opfer. Seit der Wiedervereinigung 1990 reißen die Diskussionen und Auseinandersetzungen, wie und in welcher Breite an die beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert erinnert werden soll, nicht ab. Das dabei entstandene konkurrierende Nebeneinander des Erinnerns, sollte jedoch überwunden werden. Um der Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der deutschen Geschichte gerecht zu werden, ist für eine Erinnerungskultur zu plädieren, welche weder die Bedeutung der NS-Verbrechen einebnet noch das Unrecht der kommunistischen Diktatur übergeht. Die Gedenkstätte „Andreasstraße“ will über verschiedene Angebote, vor allem im pädagogischen Konzept, diese Kluft überwinden. Nur eine gleichberechtigte Gedenkstättenlandschaft in diesem Sinne wird es ermöglichen, die Vielzahl der in den beiden deutschen Diktaturen erlebten Entwurzelungen, biografischen Brüche und den diesen Systemen innewohnenden beständigen Machtmissbrauch zu verstehen. Der Blick zurück darf zudem nicht zum Verharren in der Geschichte führen, sondern die Erfahrungen mit Diktaturen sollten beständig nach ihrem Eintrag ins *Heute* befragt werden.

Der Blick darf auch nicht nur auf die Verwerfungen in der deutschen Gesellschaft gerichtet bleiben, denn die Frage einer europäischen Erinnerungskultur wird in Zukunft immer mehr in den Vordergrund treten: Noch steht die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Ostblockstaaten in den Anfängen, zudem wird bei der Entwicklung einer europäischen Identität die Beschäftigung mit der (eigenen und europäischen) Geschichte immer wichtiger. Dieser Herausforderung muss sich die neu entstehende Gedenk- und Bildungsstätte in der Andreasstraße stellen.

4. Einordnung der „Andreasstraße“ in die Gedenkstättenlandschaft Thüringens

Thüringen bietet bereits eine Anzahl an Orten und Möglichkeiten des Gedenkens an die zwei Diktaturen in Deutschland. Diese lebendige Erinnerungslandschaft sowohl an die NS-Diktatur, wie auch an die kommunistische Diktatur spiegelt sich in der Gedenkstätte Buchenwald/Mittelbau-Dora und in einer Vielzahl von Gedenksteinen, Erinnerungstafeln, einer Friedenseiche und gut ausgeschilderten *Grenzwegen* wider, mit denen aufmerksame Bürger immer wieder mit der deutschen Vergangenheit konfrontiert werden.² Doch wirken diese Orte oft nur vereinzelt und sprechen eher für ihre eigene und regional verortete Geschichte. Die lokalen Gedenkort an die kommunistische Diktatur in Thüringen haben verschiedene Ausrichtungen in der Form des Gedenkens und der Erinnerungsarbeit.

Erstens existieren entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze vier Museen und Gedenkort, die an den dort jeweils noch vorhandenen Orten an die Teilung Deutschlands erinnern.³

Zweitens befinden sich weiter im Inneren des Freistaates historische Orte, die sehr konkret an den ehemaligen Herrschaftsapparat der SED erinnern. Es sei hier die Gedenkstätte Billmuthausen genannt, die den Zwangsräumungen und Zwangsumsiedlungen im ehemaligen Grenzgebiet der DDR mahnt. Die jeweiligen Untersuchungshaftanstalten der MfS-Bezirksverwaltungen in Gera, Erfurt und Suhl sind in ihrer Substanz noch (mehr oder weniger) erhalten und arbeiten teilweise vor Ort ihre Geschichte auf. So befindet sich im, vor dem Abriss bewahrten, Torhaus der rückgebauten MfS-UHA in Gera die Gedenk- und Begegnungsstätte „Amthordurchgang“. Die noch sehr gut erhaltene MfS-UHA in Suhl wird derzeit vom Thüringer Staatsarchiv Meiningen als Außenstelle benutzt und ist für Besucher nicht frei zugänglich. Das Gebäude der MfS-UHA der BV Erfurt bedarf dringend einer Sanierung, um einen weiteren Verfall zu verhindern. In den letzten drei Jahren wurde das Gebäude in Erfurt bereits für die Kunstprojekte EINSCHLUSS 1 BIS 3 genutzt und wird im Rahmen der Bildungsarbeit der LStU regelmäßig durch (Historiker-Zeitzeugen-)Führungen Besucher/innen zugänglich gemacht.

Drittens lassen sich in Thüringen verschiedene Institutionen und Initiativen nennen, die aus eigenen Interessen und aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte das Gedenken und die

²Vgl.: Kaminsky, Anne (Hrsg.)(2007): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR. Berlin. S.443-502.

³Grenzlandmuseum Eichsfeld in Teistungen; Mahn- und Gedenkstätte deutsch-deutscher Geschichte bei Behrungen; Deutsch-Deutsches Museum Möldareuth; Grenzmuseum „Schiffersgrund“ sowie der auf hessischer Seite sich befindende „Point Alpha“.

Aufarbeitung der DDR-Geschichte betreiben. Hier seien die Bundesbeauftragte für Staatssicherheitsunterlagen (BStU) mit Sitz in Erfurt, Suhl und Gera, die Landesbeauftragte der Staatssicherheitsunterlagen in Thüringen (LStU), die Geschichtswerkstatt Jena, das Bürgerkomitee Thüringen, das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte (ThürAZ) sowie die Stiftung Ettersberg genannt. Als regelmäßige Institution hat sich zudem die „Konferenz der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen“ in Thüringen etabliert, um ihre politischen Anliegen in der Landespolitik zu Gehör zu bringen.

Viertens sind die Universitäten in Jena und Erfurt benannt, die mit ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Freistaat Thüringen mitgestalten. So ist z.B. das Sonderforschungsgebiet (SFB) 580 „Gesellschaftliche Entwicklung nach dem Systembruch: Diskontinuität, Tradition, Strukturbildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelt und die Universität Erfurt zeichnet sich für das DFG-Graduiertenkolleg: „Mediale Historiographien“ verantwortlich.

Diese vielfältigen Träger der gesellschaftlichen und staatlichen Aufarbeitung konstituieren derzeit die Erinnerungslandschaft in Thüringen, in der diese Institutionen oft nebeneinander und selten zusammenarbeiten. Eine *integrative Lernlandschaft* in Thüringen, in der das Erinnern und Gedenken an die zwei Diktaturen und das Lernen über die zwei Diktaturen in Deutschland zusammengedacht und miteinander verschränkt werden, ist momentan in Thüringen nur in Ansätzen vorhanden.

5. Warum eine Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ und wen erwarten wir als unsere Besucher?

Wenn darüber nachgedacht wird, zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR eine Gedenk- und Bildungsstätte in Erfurt zu schaffen, die eine integrierte Aufarbeitung gewährleistet und sich dadurch auch mit der aktuellen demokratischen Gesellschaft auseinandersetzt, muss es dafür gewichtige Gründe geben. Für eine fundierte politische Bildungsarbeit in Thüringen, birgt die „Andreasstraße“ eine einzigartige Chance, denn es existiert in Thüringen noch kein Ort dieser Größe, dieser zentralen Lage und dieser Authentizität.⁴ Auf Grund dieser Lage, Größe und der Konzeption wird die „Andreasstraße“ ein entscheidender Mosaikstein für Thüringen bei der sich

⁴ Herz, Andrea/ Fiege, Wolfgang (2000): Untersuchungshaft und Strafverfolgung beim Staatssicherheitsdienst Erfurt/Thüringen. Die MfS- Haftanstalt Andreasstraße 37 (1952/54 - 1989). Erfurt.; Herz, Andrea/Fiege, Wolfgang (2002): Haft und politische Polizei in Thüringen 1945 - 1952. Zur Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Erfurt.

abzeichnenden Umstrukturierung der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland werden.⁵ Zugleich soll eine *integrierte Lernlandschaft* geschaffen werden, die den genannten Herausforderungen gerecht wird. Durch die avisierte Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald und dem dort befindlichen Speziallager II⁶ würde mit der „Andreasstraße“ in Erfurt ein einmaliges Ensemble in Thüringen entstehen. Doch nicht nur die geografische Lage prädestiniert die „Andreasstraße“ für die zu begründende Gedenk-, und Bildungsstätte. Mit der noch im Originalzustand erhaltenen zweiten Etage der ehemaligen MfS-UHA Erfurt ist ein authentischer Erinnerungsort an das Unrecht der SED-Diktatur erhalten geblieben. Zugleich spielte die „Andreasstraße“ bei der Friedlichen Revolution 1989 in Erfurt eine herausgehobene Rolle. Das Gefängnis wurde im Zuge der Erstürmung der BV Erfurt am 4. Dezember 1989 von Erfurter Bürgern noch in der selben Nacht begangen. In den Tagen danach wurden in der zweiten Etage die Akten der BV eingelagert und diese versiegelt.

Besonders die unmittelbare Nähe von Bezirksverwaltung des MfS, UHA und Gericht zeichnet den Standort in der Erfurter Andreasstraße aus. So kann die Verschränkung und Zusammenarbeit im von der SED geprägten Repressionsapparat eindringlich dargestellt werden. Der Standort der UHA Erfurt im unmittelbaren Zentrum der Stadt ist ein weiterer Vorteil für den zu errichtenden Betrieb der Gedenk und Bildungsstätte.

Für die Realisierung der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ existieren, wie oben erwähnt eine Fülle von Vorarbeiten und Voraussetzungen, die ihre Einbindung in die Gedenkstättenlandschaft der Bundesrepublik Deutschland möglich macht. Zudem sind durch die Arbeiten der LStU Thüringen und die Ausstellungsprojekte EINSCHLUSS 1 BIS 3 bereits inhaltliche und ästhetische Entscheidungen für die Ausgestaltung der Gedenk- und Bildungsstätte erarbeitet worden: Es wurden z.B. Interviews mit ehemals in der UHA Erfurt Inhaftierten (EINSCHLUSS 2)

⁵ Vgl. dazu „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ – Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption gemäß Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 zur Vorlage an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages vom 22.06.2007. Sowie der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ vom 10. Juni 1998 (BT-Drs. 13/11000); Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 27. Juli 1999 (BT-Drs. 14/1569); Die Vorschläge der vom früheren Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Herrn Dr. Michael Naumann, und der Berliner Senatsverwaltung für Kultur eingesetzten Fachkommission Haus 1/Normannenstraße (sog. Vergin-Kommission) vom Oktober 2001; Die öffentliche Anhörung von Sachverständigen zum Gedenkstättenkonzept vor dem Ausschuss des Deutschen Bundestages für Kultur und Medien am 16. Februar 2005; Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2005 unter der Überschrift „Gelände um das Brandenburger Tor als Ort des Erinnerns an die Berliner Mauer, des Gedenkens an ihre Opfer und der Freude über die Überwindung der deutschen Teilung“ (BT-Drs. 15/4795); Die Empfehlungen der von der früheren Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Frau Dr. Christina Weiss, berufenen Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vom 15. Mai 2006.

⁶ Ritscher, Bodo (1995): Speziallager Nr. 2 Buchenwald. Zur Geschichte des Lagers Buchenwald 1945 bis 1950. Weimar-Buchenwald.

und deren Angehörigen (EINSCHLUSS 3) geführt, die in ein „Hörarchiv“ zusammengeführt werden sollen (siehe 6.4). Von Seiten der LStU wurden bereits für die Bildungsarbeit Zeitzeugen-Historiker-Führungen durch den authentischen Ort der Andreasstraße konzipiert, sowie verschiedene Schicksale von Inhaftierten für die Bildungsarbeit mit Schüler- und Jugendgruppen aufbereitet.

Nicht zuletzt stellen die Kunstwerke, die für die jeweiligen Ausstellungen entstanden, einen visuellen Fundus für die entstehende Gedenk- und Bildungsstätte dar. In den verschiedenen Ansätzen, sich dem Ort „Andreasstraße“ und seiner Geschichte zu nähern, haben diese Arbeiten Erkundungsergebnisse vorgelegt, die zu Konstanten des Gedenkstättenbaues werden können. So wurde die grundsätzliche Klärung, wo

- künstlerische (in der Zukunft ausstellungsgestalterische) Eingriffe zulässig sind, diskutiert und vorangetrieben,
- die Position, von der aus Besucher/innen sich den Schicksalen, die sich in der U-Haft abspielten, nähern, durch die Künstler/innen geklärt,
- die ästhetischen Mittel (Diskussion um Qualität, Quantität und Anmutung des einzubringenden Materials) bei der Ausstellungsgestaltung bestimmt.

Diese künstlerisch-ästhetischen Entscheidungen bei der Umsetzung der Ausstellung rühren auch daher, dass keine Sachzeugnisse vor Ort vorhanden sind. Daher kann sich die Ausstellung von Interieurs von vornherein lediglich in den Möglichkeiten von Rekonstruktion und Simulation bewegen. Bei der Verwendung von Ausstellungsstücken müssen diese als Fremdeintrag mit Angabe ihrer Herkunft kenntlich gemacht und in ihrer Präsentation deutlich von den authentischen Teilen der Ausstellung abgegrenzt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bei der konzeptionellen Gestaltung der Gedenk- und Bildungsstätte auf eine gute Vorarbeit zurückgegriffen werden kann. Die Mitglieder des Vereins Freiheit e.V. haben ihre Unterstützung bei der pädagogischen Arbeit der Gedenk- und Bildungsstätte bekundet, so dass die Arbeit mit Zeitzeugen bei der Umsetzung des Konzeptes ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit sein wird.

Die zu erwartenden Besucher

Die zu erwartenden Besucher lassen sich in vier Kategorien unterteilen, die jeweils einen speziellen Zugang bzw. eine unterschiedliche Erwartungshaltung bei dem Besuch einer Gedenkstätte haben und dementsprechend unterschiedlich beworben werden müssen.

1. Die ehemaligen Inhaftierten mit ihren Angehörigen und Freunden. Für sie ist dieser Ort Teil ihrer Biografie. Daher ist ihr Interesse persönlichen biographisch geprägten Charakters und die „Andreasstraße“ ein Ort der Rückbesinnung.
2. Politisch vorgebildete Besucher. Sie begeben sich an diesen historischen Ort aus persönlichem Interesse, um sich mit erlebter oder gehörter Geschichte auseinander zu setzen.
3. Die Nutzer der politischen Bildung. Für das Konzept des „Lernortes“ die wesentlichste Besuchergruppe: Schulklassen, Jugendgruppen, Träger der politischen Bildung wie die Bundeswehr, Lehrerfortbildungsinstitute, Berufsschulen, Schulen, Universitäten, kirchliche Einrichtungen etc.. Sie werden, bzw. sie sollen es sein, die länger und intensiver in der „Andreasstraße“ verweilen, um sich durch Führungen und/oder durch die Projekte mit den Bedeutungszusammenhängen diktatorischer aber auch demokratischer Systeme auseinanderzusetzen. Diese Besucher/innen müssen nicht nur gezielt beworben werden, es handelt sich auch um die Besuchergruppe, die inhaltlich und organisatorisch von Beginn an mit einzuplanen ist. Auf sie ist mit größter Sorgfalt die Lobbyarbeit abzustimmen. Hier wäre eine inhaltliche Kooperation mit der Gedenkstätte Buchenwald und den obengenannten Institutionen anzustreben, um viele Schülergruppen dort bzw. in der „Andreasstraße“ zusammenhängend über Diktaturen nachdenken zu lassen.
4. Die Touristen und Tagesbesucher in der Stadt Erfurt. Ihnen sollte während ihres Besuches in der Landeshauptstadt die Möglichkeit gegeben werden, sich einen Eindruck von der DDR-Diktatur zu schaffen. Hier muss es der Anspruch an die Ausstellung sein, neben der Darstellung der Haus- und der Haftgeschichte, auf unmittelbare und verständliche Art und Weise die Konfliktpunkte, die sich in der DDR zwischen Staat und Individuum entwickeln konnten, aufzuzeigen.

Geht man von den Erfahrungen anderer und thematisch ähnlicher Gedenkstätten aus, und nimmt die Besucherzahlen der EINSCHLUSS-Projekte als ersten Annäherungswert, dann ist anfänglich (bei wachsender Perspektive) von 20.000 Besuchern pro Jahr auszugehen. Um diese Zahl zu erreichen und sicherzustellen, bedarf es natürlich einer konzentrierten Öffentlichkeitsarbeit die z.B. die Träger politischer Bildung direkt anspricht, sowie der Gedenkstätte mittelfristig einen bedeutenden Platz im touristischen Angebot der Landeshauptstadt Erfurt sicherstellt.

6. Leitgedanke und Vision: Der „Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort“ – eine „Gedenkstätte in progress“

Mit dem Gebäude der MfS-UHA in Erfurt als authentischen Ort und den damit verbundenen Einzelschicksalen der ehemals Inhaftierten ergibt sich eine einmalige Chance, die Vielschichtigkeit der DDR-Gesellschaft auszuleuchten. Denn, „[...] diese Methoden [der politischen Haft] waren keine Übergriffe in einem ansonsten rechtsstaatlichen System, sondern sie waren selbst das System. Gefängnisse repräsentieren den Zustand einer Gesellschaft wie in einem Brennglas. Die politischen Gefangenen haben in besonderer Schärfe gespürt, was der totale Machtanspruch der SED für den Einzelnen bedeutete.“⁷

Bei der Beschäftigung mit der Geschichte vergangener Systeme bewegt man sich automatisch in einem diffizilen Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite stehen die abgeschlossenen Kapitel der deutschen Geschichte, auf der anderen Seite leben die historischen und an die nachfolgenden Generationen weitergegebenen Sozialisationen in den Biografien fort. Um beispielsweise die Stabilität des SED-Staates DDR über die vierzig Jahre hinweg zu begreifen, sowie den Machtmissbrauch der „Einheitspartei“ zu erkennen, ist es wesentlich, den Blick auf das systemimmanente und wechselseitige Spannungsverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten zu schärfen und zu bewahren.

So gab es beispielsweise für die ca. 6000 Inhaftierten der „Andreasstraße“ verschiedene Ebenen der Wahrnehmung, die nebeneinander stehen und gehört werden müssen. Da die in der DDR erlebten Repressionen und ihre individuellen Auswirkungen nur im Einzelfall überprüf- und bewertbar sind, ist auch die vorhandene Traumatisierung der DDR-Gesellschaft nur im Einzelfall zu beschreiben und darzustellen. Dazu ist es jedoch unabdingbar, den Opfern der SED-Diktatur mit Respekt zu begegnen und einen offenen und diskursiven Raum für die Aufarbeitung und das Gedenken an die DDR zur Verfügung zu stellen.

Dem kunstgeschichtlichen Begriff eines „work in progress“ angelehnt, wollen wir in diesem Sinne von einer *Gedenkstätte in progress* sprechen. Der Begriff umreißt eine Gedenk- und Bildungsstätte, die in ihrer inhaltlichen Gestaltung und bei der Eröffnung der Dauerausstellung nicht abgeschlossen ist und auch gar nicht abgeschlossen sein kann. Die „Gedenkstätte in progress“ steht für eine fortlaufende gedankliche Weiterentwicklung der Ausstellungsinhalte; eine kooperative, interdisziplinäre und diskursive Zusammenarbeit unter Wissenschaftler/innen,

⁷ Sengewald, Barbara/ Neubert, Hildigund (2005): EINSCHLUSS - Gedenken an Widerstand und Haft in Erfurt. In: Einschluss. Ausstellung in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS-Erfurt-Andreasstraße. Erfurt.

Pädagogen/innen, Zeitzeugen/innen und Besucher/innen; eine kurzfristig veränderbare und flexibel zu handhabende Ausgestaltung der Ausstellungszellen bzw. -räumlichkeiten.

Es versteht sich, dass an einem Ort wie dem Gefängnis in der Erfurter Andreasstraße die Aufmerksamkeit zunächst auf jenen liegt, die bei ihrer bewussten Auseinandersetzung mit dem Herrschaftssystem der DDR in Konflikt gerieten und dafür in der MfS-UHA Erfurt einsaßen. Deswegen ist ein wesentlicher Gedanke bei der Gestaltung der Gedenk- und Bildungsstätte immer wieder auch die Rückbesinnung auf die Teilgeschichte von 1952-1989, also die Zeit der vom MfS betriebenen UHA in Erfurt. Die Bewahrung der Biografien der Betroffenen ist wichtiger Bestandteil der Konzeption der Gedenk- und Bildungsstätte.

Damals aus Sicht der SED – und auch heute in einer zunehmend aus Unkenntnis und Nostalgie gespeisten öffentlichen Diskussion – war in der UHA- MfS Erfurt niemand „ohne Grund“ inhaftiert. Das diese Gründe während der SED-Diktatur jedoch die universellen Menschen- und Freiheitsrechte verletzen und das Individuelle missachteten, soll in der geplanten Dauerausstellung immer gegenwärtig sein. Aus dieser Gegenüberstellung von individueller Erlebnisebene und gesellschaftlicher Aktionsebene lässt sich der Leitgedanke der Gedenk- und Bildungsstätte formulieren:

Ausgehend von der Darstellung und Erforschung des (1) authentischen Ortes der UHA-MfS Erfurt in der Andreasstraße und den (2) Individualschicksalen der ehemaligen Inhaftierten soll die Systemwirklichkeit der (kommunistischen) Diktatur widergespiegelt werden. Anhand des Gradmessers der universellen Menschen- und Freiheitsrechte kann die staatliche SED-Ideologie kommentiert werden und es eröffnet sich für den Besucher (3) die Möglichkeit, sich an den permanenten und manipulativen Ein- und Übergriffen in die Lebenswelt der Menschen zu erinnern und die Systematiken der Diktatur zu verstehen.

6.1 Der authentische Ort

Als Ausgangspunkt der konzeptionellen Überlegung für die Dauerausstellung steht das Gebäude der UHA-MfS Erfurt in der Andreasstraße als architektonischer Solitär. Dieser authentische Ort steht mit seiner Architektur, seiner Geschichte und der ihm durch seine Funktion innewohnenden Atmosphäre im Mittelpunkt: Die Institution Gedenkstätte, ihre Besucher/innen und die Mitarbeiter/innen sind immer nur Gast in diesem sachlich-ästhetischen Haus und müssen diesem mit Respekt begegnen. Das muss sich in einer zurückgenommenen Präsentation

der Ausstellung widerspiegeln. Es ist wesentlicher Gedanke der „Gedenkstätte in progress“, sensibel mit der gegebenen Architektur umzugehen und manipulatives Herangehen bei der Ausgestaltung der Ausstellung zu vermeiden. Über das Bewahren der (Erinnerungs)Räume und durch die Reduktion bei der Gestaltung, z.B. bei der Nutzung der Zellen als Ausstellungsräume wird dies gewährleistet werden.

Es ist unabdingbar soweit wie möglich die Gebäudestruktur zu erhalten und die noch im Originalzustand von 1989 befindliche zweite Etage fachmännisch zu konservieren. Dieser Originalort muss in diesem Zustand auch weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So soll, ausgehend von diesem authentischen Ort, die Geschichte des Gefängnisgebäudes in der Andreasstraße dargestellt und daraus folgend der Schritt in ein Gedenken an die gesellschaftliche Gesamtstruktur der DDR gewährleistet werden.

6.2 Der biografische Zugang

Wird im ersten Schritt der authentische Ort als entscheidender Bezugspunkt der Gedenk- und Bildungsstätte angenommen, muss der zweite und damit korrespondierende Schritt der biografische Zugang zur Vergangenheit sein. Die Möglichkeit, die MfS-UHA in Erfurt als Gedenkort aufzubauen, ergibt sich aus zwei wesentliche Voraussetzungen.

1. Die im originalen Zustand der letzten Nutzung durch das MfS vorgefundene Haftetage (zweite Etage).
2. Die Erinnerungen einer wachsenden Zahl von Betroffenen, die ihre Erfahrungen mitteilen wollen.

Die Schilderungen über die Umstände ihrer Haft gehen weit über die sachliche Berichterstattung über Gründe der Inhaftierung, Verhöre und Verhörmethoden hinaus. Exemplarisch lassen sich mit diesen Originaltönen viele Facetten des Willkürstaates DDR und seiner fundamentalen Menschenrechtsverletzungen sichtbar machen. Somit stellen die Zeitzeugenberichte einen Zugang zu Geschichte der DDR dar, denn die individuellen Schicksale öffnen jeweils den Blick auf größere politische und gesellschaftliche Zusammenhänge. Daher sollen unter den thematischen Hauptschwerpunkten „Widerstand und Opposition“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Abweichen von der gesellschaftlichen Norm“ in der Dauerausstellung, anhand der zur Verfügung stehenden Biografien die Willkür und der Verfolgungsfuror des SED-Staates dargestellt und immer wieder auf der Folie der unterschiedlichen Lebenswelten in der

DDR gespiegelt werden. Durch die Mitarbeit des Vereins Freiheit e.V. wird sichergestellt, dass die Betroffenen den Aufbau und die Gestaltung der Ausstellung begleiten und ihr Wissen in die zukünftige Bildungsarbeit einbringen. Der konkrete Bezug auf die Biografien politisch Verfolgter offenbart die Möglichkeit, auch den nachwachsenden Generationen (und zukünftigen Gedenkstättenbesucher/innen) die Alltagswirklichkeit der DDR-Gesellschaft genauso eindringlich darzustellen wie das (Über)leben in Extremsituationen, so z.B. einem Gefängnisaufenthalt.

6.3 Wissenschaftliche Forschung und politische Bildung

Eine moderne Gedenkstätte muss in der deutschen und europäischen Gedenkstättenlandschaft verankert sein. Daher wird eine Vernetzung mit den vorhandenen Thüringer Gedenkstätten für die Gedenk- und Bildungsstätte in der „Andreasstraße“ genauso angestrebt wie die Einbindung in die bundes- und europaweite Forschungsdiskussion unerlässlich ist. Durch eine kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit vor Ort soll gewährleistet werden, dass die Dauerausstellung und die mit ihr verbundenen pädagogischen Programme stets auf dem Stand der aktuellen Forschung sind. Gerade in der heutigen Mediengesellschaft und den sich mit ihr rasant verändernden Perzeptionsgewohnheiten der nachwachsenden Generationen wird die Gestaltung der Gedenk- und Bildungsstätte vor neue Herausforderungen stellen.

6.4 Das Archiv/ Hörarchiv

Aus Anlass der Ausstellungen EINSCHLUSS 1 BIS 3 wurden bisher ca. vierzig Interviews mit ehemaligen Inhaftierten der MfS-UHA in Erfurt bzw. deren Familienangehörigen geführt. Dieser einmalige Bestand von *oral history* muss weiter ausgebaut und in die geplante Bildungsarbeit integriert werden. Gerade das *Nachhören* von persönlichen Schicksalen setzt bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte einen wichtigen Gegenpol zu der sonst überwiegend auf die Akten des MfS und der SED angewiesenen Quellenarbeit. Um beides qualitativ zusammenzuführen, ist eine Systematisierung der Interview-Inhalte unerlässlich, so dass die Besucher differenzierte Zugriffsmöglichkeiten auf die archivierten Gespräche erhalten. Verbunden mit der oben beschriebenen Zeitzeugenarbeit vor Ort ermöglicht dieses Archiv einen vielschichtigen Umgang mit Erinnerung und stellt die Erfahrungswelt neben den eigenen Eindruck von den – nahezu leer

gelassenen Zellen – sowie neben das Studium der vorhandenen Dokumente und anderer archivarischer Quellen. Eine weitere wichtige Aufgabe für die zukünftige Arbeit am Archiv wird die Katalogisierung und Zusammenstellung einer Kartei der ca. 6000 Häftlinge von 1952 – 1989 sein. Auf diesem Wege soll den Opfern der politischen Gewalt nicht zuletzt ein Stück ihrer Biografie wiedergegeben werden. Komplementär dazu ist mit der Erforschung und Archivierung der Biografien der ehemaligen Bediensteten in der MfS-UHA zu beginnen, um einen Einblick in den Repressionsapparat und seiner Protagonisten zu gestatten. Zusammen mit dem weiter auszubauenden Hörarchiv wird die Dokumentation über die an diesem Ort wirkenden Täter den Grundstock für die weitergehende wissenschaftliche Arbeit an der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ bilden.

7. Das Ausstellungskonzept: Erinnerungs-, Gedenk- und Lernort

Die Gedenk- und Bildungsstätte soll eine Einrichtung werden, die – ausgehend vom authentischen Ort sowie den individuellen Schicksalen der ehemaligen Inhaftierten – dazu einlädt, innezuhalten und gleichzeitig dazu auffordert, sich dann mit den systemischen Gegebenheiten der Diktatur auf einer abstrakteren Ebene auseinander zu setzen. Wenn von *Erinnern* und *Gedenken* die Rede ist, so werden immer mindestens zwei Dimensionen eines gesellschaftlichen Diskurses dargestellt, die stets in Frage gestellt und neu diskutiert werden müssen: Grundlage für das *Erinnern* ist das individuelle *sich Erinnern*. Diese Grundlage bietet hier der konkrete Ort, den die Opfer der politischen Justiz aufsuchen können, um sich an eine sehr konkrete Zeit in ihrer Biografie zu erinnern. Sie brauchen diesen Ort, um anderen – Familienangehörigen, Freunden, Bekannten, der Gesellschaft – ihr Leiden veranschaulichen zu können. Hier fällt der „Erinnerungsort“ genau mit dem Ort, an dem sie ihre Haft erleiden mussten, zusammen.

Gedenken dagegen ist in diesem Zusammenhang eine kollektive, gesellschaftliche und kulturelle Vereinbarung. Das Einschließen von Menschen, das Leid anderer und die damit verbundene gravierende Verletzung der Menschenrechte ist ein erinnerungswürdiges Gut und beinhaltet einen moralischen Wert für die Gesellschaft. So steht dieser Ort für Beides: Als historischer Ort der Repression und heute als Erinnerungs- und Gedenkort. Die Besucher/innen können sich selbstbestimmt mit der (eigenen) Geschichte auseinandersetzen, denn an diesem authentischen Ort überlagern sich individuelle Erinnerung und gesellschaftliches Gedenken.

Diesen Zugang zur individuellen Erinnerung und öffentlichen Gedenken nicht zu verstellen, muss Aufgabe des Erinnerungs-, Gedenk- und Lernortes in der „Andreasstraße“ sein.

7.1 Der individuelle Zugang: Die „zweite Etage“ als Erinnerungsort

„Heute habe ich den 18. Jahrestag, als ich aus der Stasi-Haft entlassen wurde. Die schlimmste Zeit meines Lebens. Möge dieser Ort erhalten bleiben, um zukünftigen Besuchern zu zeigen, was auch auf einer anderen, dunklen, unbekanntem Seite ablief.“ (Aus dem Besucherbuch)

Die „zweite Etage“ (ehemalige Männeretage der MfS-UHA Erfurt) verbleibt in ihrem historischen Zustand und wird denkmalgerecht konserviert. Aus den drei EINSCHLUSS-Folgen ist bereits ein ästhetischer Zugang zu den Zellen und eine Begegnung mit den Zellen für die Besucher/innen erarbeitet worden. Durch die künstlerischen Arbeiten und dem sich in ihrem Gefolge ausdrückenden Bekenntnis zum Authentischen und Fragmentarischen ist der Weg zur Ausgestaltung des Erinnerungsortes bereits vorgezeichnet. Dieser unmittelbar sinnlich wahrnehmbare Bestandteil der Andreasstraße wird Ausgangspunkt der Dauerausstellung sein. Hier erhalten die zukünftigen Besucher/innen einen unmittelbaren und vor allem unkommentierten Eindruck von der Haftsituation. Dieser Ort des Erinnerns ist für die Opfer der politischen Gewalt derjenige, der für die Veranschaulichung ihrer Biographie so erhalten werden muss. Dieser Ort, der für die ehemaligen Inhaftierten einen Bruch in ihrer Biografie darstellt, gibt ihnen die Möglichkeit, auf den Ort zu verweisen, wo ihre Erzählungen und Schilderungen versagen, wo ihre Worte nicht ausreichen und gibt ihnen nicht zuletzt die Möglichkeit, die Bewertung ihrer Haftsituation herauszufordern und sich so offensiv mit der Missachtung ihrer Menschenrechte auseinander zu setzen.

7.2 Der institutionelle Zugang: Die Dauerausstellung als Gedenkort

„Als Erfurterin macht mich dieser Bau betroffen. Das hätte ich so nie vermutet...“ (Aus dem Besucherbuch)

Die Dauerausstellung der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße wird hauptsächlich in der ersten Etage und dem Erdgeschoss untergebracht. Hier kommt der entwickelte Leitgedanke vollends zum Tragen. Die ständige Ausstellung zur Haus- und Haftgeschichte schließt sich an die „zweite Etage“ an und nimmt das Gesehene und Erlebte auf. In der Ausstellung wird dann die Geschichte des Hauses und der Haft dokumentarisch belegt (siehe 7.2.2 und 7.2.3):

- So verweisen z.B. Fotos aus der Zeit kurz nach Errichtung des Gefängnisses, auf einen für seine Zeit modernen Gefängnisbau, dessen Zellen eine schlichte und stark funktionale

Wohneinrichtung vorsahen. An diesem Zustand wurde über Jahrzehnte hinweg festgehalten, bis die Umbauten des MfS eine extreme Kluft zwischen Strafvollzug (Einrichtung der Zellen) und der bekannten (privaten) Wohnwelt für die Häftlinge herstellten. Das MfS verschlechterte bewusst und zielgerichtet die Haftsituation, so dass den Inhaftierten vor Augen geführt wurde, dass ihr Eingesperrtsein gleichzeitig auch den Ausschluss aus der (sozialistischen) Gesellschaft bedeutete. Zu dieser in der baulichen Konstruktion angelegten Entmenschlichung trugen zusätzlich die Methoden der „weißen Folter“ wie die Isolation und das Vernichten des Zeit- und Raumempfindens zur Degradierung des Häftlings zum bloßen Objekt bei.

Das Gesehene und Gefühlte (aus der Begegnung mit der Haftetage) und das angeeignete Wissen (aus der Dokumentation über die Haus- und Haftgeschichte) sind der Hintergrund für die installierten Hörstationen – Originaltöne ehemaliger Häftlinge bzw. ihrer Angehörigen über die Zeit der Haft. Hier füllen sich die leer gelassenen Zellen der „zweiten Etage“ mit Inhalten. Über den biografischen Zugang wird ein sich in bestimmten Rhythmen thematisch veränderndes, nichtsdestoweniger komplexes Bild des DDR-Systems entworfen.

Im Erdgeschoss werden Räumlichkeiten für Wechsausstellungen und weiterführende Seminararbeit reserviert. Der Eintritt in die Gedenk- und Bildungsstätte erfolgt über den neu zu gestaltenden Eingangsbereich in der Andreasstraße. Die Besucher/innen können sich dort über den Ausstellungsrundgang informieren bzw. weiterführende Publikationen zum Thema erwerben etc.. In diesem Bereich werden auch die Audioguides sowohl für die Ausstellung wie auch für eine „virtuelle“ Stadtführung entlang der Topografie der SED-Macht ausgeliehen.

7.2.1 Topografie der Macht

Die „Andreasstraße“ war nicht nur ein Gefängnis. Sie ist auch sowohl ein Symbol der Unterdrückung als auch der Freiheit in Erfurt. Es war auch dieses Haus, welches die Erfurter im Zuge der Erstürmung der MfS-BV am 4. Dezember 1989 besetzten und damit einen wichtigen Schritt aus der Diktatur in die Freiheit nahmen. Die MfS-UHA in Erfurt war die Versinnbildlichung eines Systems, welches Angst, Verfolgung und Willkür ausstrahlte. Es bietet sich an, gerade in diesem Gebäude einen Eindruck von dem bitteren *Gefühl der Angst*, welches die SED verstand, den DDR-Bürgern zu vermitteln, hör- bzw. sichtbar zu machen. Dieser Teil der Ausstellung nimmt die Vorarbeiten des Projektes der „konspirativen Wohnungen in Erfurt“ auf

und entwickelt ihn weiter.⁸ Es drängt sich dabei auf, die grafische Umsetzung der Topografie der Macht in den Eingangsbereich der Dauerausstellung einzubringen. Die Besucher/innen kommen aus Interesse zu diesem historischem Ort: In ein Gefängnis des Ministeriums der Staatssicherheit. Es ist jedoch wichtig, dieses Gebäude nicht als einzige Säule des Repressionssystems der DDR darzustellen, sondern es in den Kontext der Macht der SED-Bezirksleitung einzubinden. Die wenigsten Menschen wussten zu DDR-Zeiten, was *in* der Andreasstraße war, sie wussten aber, *was* die Andreasstraße war: Möglicher Endpunkt widerständigen, oppositionellen oder einfach nonkonformen Verhaltens. Mit der Topografie der Macht wird die Möglichkeit geschaffen, das immer wieder besprochene Gefühl einer *diffusen Angst*, welche in der DDR herrschte, sichtbar zu machen.

Was ist unter einer Topografie der Macht zu verstehen?

Die SED-Diktatur durchdrang systematisch den gesellschaftlichen Raum. Es ist wichtig, (zumal bei einem zunehmenden Verstummen bzw. sukzessiven Abnehmen der Betroffenen) diese Durchdringung und Lähmung der Gesellschaft in Erinnerung zu bewahren. Die Orte der Macht und des Widerstandes können dazu wesentlich beitragen.

Bei der Erstellung der Topografie geht es hauptsächlich um eine Recherche der städtischen Standorte, welche die institutionelle Macht der SED-Diktatur versinnbildlichten, und diese anhand eines Stadtplans und eines audiovisuellen Stadtrundgangs darzustellen. Angelehnt ist diese Idee an die Ausstellung „Ort und Erinnerung“ in München sowie an die „Stolpersteine“ zum Gedenken an das jüdische Leben in Deutschland vor 1933.⁹ Innerhalb verschiedener Kategorien kommen für die Stadt Erfurt u.a. folgende Institutionen in Frage:

Aufgrund der Kategorien:

- Partei (SED-Bezirks- und Kreisleitung),
- Verwaltung (Rat des Bezirkes, Rat des Kreises),
- Verbrechen (Gefängnisse, MfS-Bezirks- Kreisleitung, Bunker etc.),
- Wirtschaft und Industrie (Volkseigene Betriebe),
- Durchdringung der Gesellschaft, Massenorganisationen (FDGB, FDJ, Presse, aber auch Gesundheitsamt, die Partner des operativen Zusammenwirkens [POZW]¹⁰ etc.), sowie

⁸ Best, Heinrich u.a. (Hrsg.)(2006): Geheime Trefforte des MfS in Erfurt: Konspirative Wohnungen der Staatssicherheit. Erfurt.

⁹ Vgl. Nerdinger, Winfried (Hrsg.) (2006): Ort und Erinnerung. Nationalsozialismus in München. München.

¹⁰ Als „Partner des operativen Zusammenwirkens“ (POZW) wurden vom MfS jene Funktionäre staatlicher und gesellschaftlicher Organisationen und Einrichtungen, insbesondere auch in SED und FDGB genannt, die mit dem Staatssicherheitsdienst zusammenarbeiteten und zwar jenseits der von OibE (Offiziere im besonderen Einsatz) und IM institutionell geregelten Zuträgerschaft sog. staatlicher Leiter für das MfS und ggf. deren Einbindung in operative

- Orte des Widerstandes (z.B. der „Offene Arbeit“ Erfurt).

Damit wird versucht, das diffuse Angstgefühl der ehemaligen DDR-Bürger anhand der Kennzeichnung ehemaliger Orte der SED-Herrschaft sichtbar zu machen und durch die Aufnahme oppositioneller bzw. widerständiger Orte zu zeigen, wo sich *Inseln der Selbstbestimmung* etablieren konnten.

Dieses Thema kann und soll, wie es bereits bei dem Projekt „Geheime Trefforte des MfS in Erfurt“ stattfand, mit künstlerischen Mitteln bearbeitet und umgesetzt werden. Als Ergebnis der zu leistenden Forschungsarbeit soll eine Audioguide-Stadtführung entwickelt werden, mit der dann die interessierten Besucher/innen diese Orte aufsuchen können und Informationen über sie erhalten. Dieses Projekt sollte in Form eines Seminars z.B. an die Universität Erfurt angebunden werden.

7.2.2 Hausgeschichte

Der Schwerpunkt Hausgeschichte soll – einhergehend mit einer ausführlichen Fotodokumentation auch des noch stehenden Neubaus aus den 1980er Jahren – einen detaillierten Blick auf Gefängnisarchitektur, und ihre baulichen Veränderungen gewährleisten. Die Bedeutung des Hauses sowie des noch vorhandenen Gebäudeensembles soll dabei in den verschiedenen Herrschaftssystemen gespiegelt und – wenn möglich – die Brüche bzw. Entwicklung der Haftsituation dargestellt werden. Die Erforschung und Dokumentierung dieses authentischen Ortes muss stetiger und wichtiger Auftrag der Gedenk- und Bildungsstätte sein. Gerade die ersten Jahrzehnte des Gebäudes (1871 bis 1945) bedürfen noch gründlicher Recherche. Dabei ist die Rechtmäßig- bzw. Unrechtmäßigkeit des Einschließens in solch einer Recherche ebenso herauszuarbeiten wie eine gründlich aufbereitete Nutzungsgeschichte des Hauses.

7.2.3 Haftgeschichte

In diesem Teil der Ausstellung kommt der biografische Zugang zum Tragen. In den dafür vorgesehenen Zellen sollen Informationen über den typischen Verlauf einer Untersuchungshaft in Erfurt dargeboten werden. Es werden dabei Antworten auf Fragen wie - Wie sah der Alltag in der MfS-UHA für die Inhaftierten aus? Wie verliefen die Verhöre und welchen (Extrem)Situationen mussten sich die politisch Inhaftierten stellen? - gefunden und dargestellt. Angefangen von der Verhaftung über die Einlieferung bis hin zum Gerichtsurteil bzw. darüber hinaus bis zur Ausreise oder der „Wiedereingliederung“ in die sozialistische Gesellschaft (mit allen Merkmalen des Fortwirkens der Haft und dem *Mitverhaftetsein* der Familien) wird hier ein an Lebensläufen orientierter Verlauf des Haftgeschehens dargestellt. Mit Hilfe der Hörkonsolen sollen die Besucher/innen einen authentischen Eindruck von dem (Über)Leben der Inhaftierten erhalten. Geplant ist hierbei vorwiegend mit kurzen Hörsequenzen zu arbeiten, die exemplarisch die Haftsituation beschreiben. Um einen prägnanten und strukturierten Rundgang (60-90 Min.) durch das Gebäude zu gewährleisten, wird auf all zu lange Interviewpassagen in der Ausstellung selbst verzichtet. Bei umfassenderen Themengebieten wie die Ausreise oder das nonkonforme Verhalten Jugendlicher kann dann eine ausführlichere Beschäftigung mit diesen Tondokumenten in den Räumlichkeiten des Hörarchivs erfolgen. Die intensive Beschäftigung mit den Lebensgeschichten und den erarbeiteten Quellendokumenten wird dabei wesentlicher und unverzichtbarer Teil des Bildungsprogramms der Gedenkstätte sein.

In der zu errichtenden Gedenkstätte befindet sich kaum authentisches Zelleninterieur. Um dennoch die Haftbedingungen zu verschiedenen Zeiten vorstellbar zu machen, sollen behutsam und mit Hilfe von Ausstattungsgegenständen aus anderen DDR-Haftanstalten Zellsituationen erarbeitet werden. Diese modellhaften Nachahmungen können sich nur zwischen Rekonstruktion und künstlerischer Installation bewegen. Dabei gestatten diese Rekonstruktionen die Vorstellung von der Haftsituation, sie erschweren aber auch den anstrengungslosen Perspektivwechsel der Nichtbetroffenen. Diese visuell wahrnehmbare Geschichte des Hauses wird mit Forschungsergebnissen zur Haftgeschichte kommentiert. So werden hier Informationen zum Wärter- und Verhörpersonal ebenso präsentiert wie Statistiken und Informationen z.B. zu den Belegungsplänen oder Inhaftierungswellen (und ihre Gründe) im Laufe der DDR-Geschichte.

7.3 Der bildungspolitische Zugang: Der Lernort

7.3.1 Das pädagogische Konzept

Gedenk- und Bildungsstätten - zumal an einem authentischen Ort, der für die ehemaligen Betroffenen und ihrer Angehörigen einen wesentlichen Bezugspunkt in ihrer Biografie darstellt – stehen nicht selten vor einem Problem: Der Ort des persönlichen Leids muss bewahrt und respektiert werden. Zugleich ist es eine Kernaufgabe von Gedenkstätten sich an den Ansprüchen und Bedürfnissen einer breiteren Öffentlichkeit – vor allem aber der nachwachsenden Generationen – zu orientieren. Das Gefühl des „Verhaftet- bzw. „Eingesperrt-Seins“ oder den alltäglichen Wahnsinn in einer Diktatur erlebt zu haben, kann ihnen nur durch Vermittlung näher gebracht werden. Dieser durchaus widersprüchlichen Ausgangssituation muss sich die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ stellen.

In der museumspädagogischen Erfahrung mit Projektgruppenarbeit hat sich herausgestellt, dass die Vermittlung hochkomplexer historischer Inhalte auch auf einer abstrakteren Ebene möglich wird, wenn sie auf gegenwärtige gesellschaftliche Debatten sinnvoll bezogen werden. Dieser unmittelbare Bezug zu Fragen – z.B. Was ist Demokratie? Wie war denn das in der DDR? Wie viel Freiheit kostet die „innere Sicherheit“? – können mit einem Blick in die jüngere Vergangenheit bearbeitet werden. Anhand von individuellen Zeugnissen und durch intensive Quellenarbeit können Besucher/innen derartigen Fragen auf den Grund gehen. Das pädagogische Konzept der Gedenk- und Bildungsstätte pflegt dabei zwei Zugänge:

1. Das dem Individualbesucher/innen unvermittelt zugängliche *Anschauen* der „Andreasstraße“. Dieser/e bekommt darüber hinaus einen Eindruck über Haftbedingungen, Biografien, Schicksale und deren Verortung im System der DDR. Zumeist erhält der Tagesbesucher einen ersten Eindruck davon, welche diktatorische Grundkonstanten in der DDR herrschten.
2. Es wird ein begleitintensives Arbeiten mit (Jugend)Gruppen und Trägern der politischen Bildung geben. Diese werden Hauptnutzer der angebotenen Bildungsprogramme sein.

Für beide gilt: Das Ausstellungskonzept wird einen multidimensionalen Zugang zur Vergangenheit pflegen. Die Pädagogik wird interessengeleitet, diskursiv, ergebnisoffen und argumentativ erfolgen. Gerade Heranwachsenden muss der Raum zum Nachdenken gegeben und auch gelassen werden, um sie für den Auftrag der Gedenk- und Bildungsstätte zu sensibilisieren. Neben einem sich logisch und übersichtlich aufbauenden Rundgang durch die Gedenkstätte, der

den Individualbesucher/innen eine Orientierung und Möglichkeit des intensiveren Studiums gibt, ist die Zielrichtung der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“, das Arbeiten mit wissenschaftlich fundierten und betreuten Projekten. Diese können einzeln von Gruppen gebucht und bearbeitet werden. Die interessierten Gruppen/Klassen erhalten dann eine ausführliche Projektleitung mit Fragestellung, Informationsmaterial aus Akten und/oder Literatur sowie einer an die jeweilige Gruppe angepasste Aufgabenstellung. Dabei ist eine Vertiefung des Themas durch die Zusammenarbeit mit den Zeitzeugen jeweils angestrebt. Als „Gedenkstätte in progress“ sollen die Ergebnisse dieser Arbeit gesammelt und gegebenenfalls in die Ausstellung integriert bzw. als Wechsellausstellung präsentiert werden. Sie werden die Ausstellung kontinuierlich erneuern und den gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Debatten reflektieren.

7.3.2 Die Projektarbeit des Lernortes

Das pädagogische Konzept bedarf, wie ausgeführt, sowohl eines individuell zugeschnittenen als auch abstrakten und forschungsbasierten Zugangs. Die bisher ausgewählten Themen für die Projektarbeit versuchen diesem Ansinnen gerecht zu werden, indem sie die immer wiederkehrenden Fragen von Demokratie vs. Diktatur bzw. Menschenrechte und deren Beugung in der DDR thematisieren, sie also lebensweltlich anbinden. Im Folgenden sollen nun sechs Projekte beispielhaft vorgestellt werden, welche gleichzeitig die pädagogischen Möglichkeiten und Anforderungen an die Gedenk- und Bildungsstätte umreißen.

7.3.2.1 Widerstand und Opposition

Der Historiker Stefan Wolle beschreibt die DDR als ein Land, indem bei öffentlichen Diskussionen oft der Eindruck entsteht, „[...] als sprächen Menschen miteinander, die in unterschiedlichen Staaten gelebt haben. Die einen denken an Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen und Stasi-Knast, an die stupiden Rituale der kollektiven Erniedrigung und die unerträglich dumme SED-Propaganda. Die anderen erinnern sich an ein Land ohne Arbeitslose, Obdachlose, Asylbewerber, Ausländer, Rauschgiftsüchtige und Bettler – ganz allgemein an Geborgenheit,

Ruhe, Ordnung und Sauberkeit“.¹¹

Dieser Vielschichtigkeit der Wahrnehmungen muss sich die „Gedenk- und Bildungsstätte“ bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte stellen. In der geschlossenen Gesellschaft der DDR entwickelte sich eine Art „Lagersyndrom“, in der das Gegebene oftmals als ausreichend und alternativlos hingenommen wurde. Diejenigen, die das System dennoch in Frage stellten, mussten sich mit dem Argwohn der konformistischen Mehrheit der Bevölkerung auseinandersetzen und mit der Verfolgung durch die Staatsorgane rechnen: „Ich habe doch gar nichts Schlimmes gemacht!“ So lautete die Aussage einer vom MfS mit einer Operativen Personenkontrolle (OPK) überwachten jugendlichen Suhrerin. „Ich hatte in diesem Land einfach keine Zukunft mehr!“ Dieses Urteil fällte nach gescheiterter Republikflucht ein für dreieinhalb Jahre inhaftierten Weimarer Arzt für sich selbst. „Bleibe im Land und wehre dich täglich!“ So die individuelle Konsequenz eines Erfurter Künstlers.¹²

Die graduellen Unterscheidungen dieses Protestes bzw. des nonkonformen Verhaltens waren den SED-Mächtigen egal: Feind war, wer sich nicht in das sozialistische Menschenkollektiv einfügen, oder es gar verlassen wollte. Sie verfolgten und zersetzten die drei Personen nach allen Regeln der dem MfS zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Allein diese drei oben angeführten unterschiedlichen Aussagen und die dahinter sich verbergenden Lebensläufe offenbarten die Schwierigkeit, *Opposition* und *Widerstand* in der DDR klar zu definieren. Vielmehr wurde ausgehend von der NS-Forschung der Bundesrepublik Deutschland ein Oppositionsbegriff für die DDR formuliert, der weiter mit Begrifflichkeiten wie Widerstand, Opposition, Dissidenz und Resistenz beschrieben wurde, um den offensichtlich existierenden Widersprüchlichkeiten in der DDR-Gesellschaft Rechnung zu tragen.¹³

Um die heutigen wissenschaftlichen Deutungsversuche von Opposition und Widerstand in der konformistischen SED-Diktatur dennoch in das individuelle Leben der Bürger/innen in der durchherrschten Gesellschaft der DDR einzubinden, formulieren die Begriffe „Herrschaft und Eigen-Sinn“ eine Definition, die eben dieses, *eigensinnige* Verhalten der DDR-Bevölkerung im Kontext der SED-Diktatur auszudeuten versucht. Es ist dabei wichtig, *Eigen-Sinn* nicht als

¹¹ Wollé, Stefan (1998): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn. S.227.

¹² Vgl.: Wurschi, Peter (2007): Rennsteigbeat. Jugendliche Subkulturen im Thüringer Raum 1952-1989. Weimar. S. 30 und 183f.

¹³ Vgl.: Eckert, Rainer (2001): Widerstand und Opposition. Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte. In: Neubert, Ehrhart/ Eisenfeld, Bernd (Hrsg.) (2001): Macht Ohnmacht Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR. Bremen. S.27–36.; Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk Ilko-Sascha (1995): Opposition, Widerstand und widerständiges Verhalten in der DDR. Forschungsstand – Grundlinien – Probleme. In: Dieselben (1995): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin. S.9-26.

permanente Opposition oder Widerstand zu den Herrschaftsstrukturen zu verstehen, sondern auch als Deutungen und Umdeutungen des vom Staat vorgegebenen Sinnes durch die Individuen. Das heißt, dass *Eigen-Sinn* sowohl den Übereifer der glühenden Idealisten als auch das Handeln oppositioneller Jugendlicher, als auch das Verhalten derjenigen, die sich mit dem System arrangierten, erfasst. Erst das Nachvollziehen dieses *eigensinnigen* Handelns der Menschen in einem vorgegebenen Rahmen (dem Herrschaftssystem der DDR) öffnet den Blick für die Komplexität der DDR-Gesellschaft und schafft somit eine Grundlage, diese zu verstehen.¹⁴

Derartige individuelle Lebensentscheidungen soll dieses Lernprojekt beleuchten und behandeln: Aufgrund welcher Erfahrungen verloren die Bürger der DDR den Glauben an die Zukunft? Warum wurden einige von ihnen letztlich Oppositionelle, obwohl sie doch gar nichts Schlimmes gemacht hatten?

Anhand der bereits vorliegenden Biografien, aber auch weitergehender Projekte soll den Projektteilnehmern/innen die Widersprüchlichkeit des Lebens in der DDR vermittelt werden. Durch konzipierte „Planspiele“ mit (Jugend)Gruppen, Gespräche mit Zeitzeugen/innen und angeleiteter Aktenarbeit soll so bei den Teilnehmern/innen dieses Projektes ein Bewusstsein für den aufzubringenden Mut, den sich daraus ergebenden Gefahren, aber auch dem innerlichen Akt der Befreiung vermittelt werden, wenn Individuen sich bewusst außerhalb des auf Konformität bedachten Mainstreams stellten.

7.3.2.2 Überwachung und Verfolgung

Dieses Lernprojekt ist komplementär zum vorstehend ausgeführten „Widerstand und Opposition“. Hier wird den Teilnehmern/innen die Möglichkeit gegeben, die induktive Sichtweise von „Widerstand und Opposition“ mit der deduktiven Betrachtung von Strukturen, Organisation und Akteuren des Herrschaftssystems zu ergänzen. Das manichäische Weltbild der SED, in dem die Guten als WIR und die Bösen als IHR gekennzeichnet waren, ließ die Herrschenden zunehmend die Orientierung an der gesellschaftlichen Wirklichkeit verlieren. Dessen ungeachtet baute die SED einen Macht- und Herrschaftsapparat auf, der *ihre* Bürger vor den schädlichen Einflüssen des Imperialismus schützen sollte. Die MfS-UHA „Andreasstraße“ stellte für viele Menschen den Endpunkt dieses ungewollten Schutzes dar.

¹⁴ Vgl.: Lindenberger, Thomas (1999): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln. Sowie: Lüdtker, Alf (1993): Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitserfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus. Hamburg.

Über die Arbeit des MfS, dessen Kategorisierungsversuche für unangepasste Verhaltensweisen und staatlich erfolgten Zersetzungs- und Einschüchterungsmaßnahmen wurde schon viel geforscht. Dabei darf jedoch nicht in Vergessenheit geraten, dass das MfS bei weitem nicht der einzige Informationssammler und -speicher in der DDR war. Zwar war die Staatssicherheit die größte koordinierende Institution im Überwachungs- und Kontrollapparat der SED, sie konnte allerdings auch auf eine Reihe anderer Institutionen zurückgreifen: Das Gesundheitsamt, das Amt für Volksbildung, die Kaderabteilungen der Volkseigenen Betriebe oder die Volkspolizei – sie alle sammelten Daten über Menschen und gaben sie dem MfS und anderen Kontrollbehörden zur Verwendung weiter.

Im Mittelpunkt dieses Projektes steht demzufolge die Recherche und Information über diese staatlichen Kontrollsysteme. Wie haben sie funktioniert, wie waren sie miteinander vernetzt und auf welcher gesetzlichen bzw. ideologischen Grundlage basierten sie? Daran schließt sich eine weitere wichtige Frage an: Inwiefern hatten angesichts dieser umfassenden staatlichen Kontrolle die Individuen noch Handlungsspielräume für freie und persönliche Entscheidungen?

Die wesentliche Frage nach der Legitimation dieses Vorgehens gegen die eigenen Bürger steht zur Diskussion. Sie weist bis in die heutige Gegenwart, in der die Rufe nach mehr Sicherheit, mehr Staatsschutz und auch mehr Überwachung wieder kontrovers diskutiert werden. Fragen wie: Welche Informationsspeicher sind dabei im Gespräch und auf welcher rechtlichen Grundlage funktionieren diesmal die Institutionen zum sammeln und verwerten von Daten?, können innerhalb dieses Bildungsprojektes genauso erörtert werden, wie z.B. der rechtsstaatliche Unterschied zwischen Kameraüberwachung damals und heute diskutiert werden kann.

Um die Überwachung und Verfolgung „Andersdenkender“ in der SED-Diktatur darzustellen und zu diskutieren, ist die ehemalige MfS-UHA in Erfurt aufgrund ihrer Funktion im SED-System der bestmögliche Ausgangspunkt, sich diesem Thema anzunähern. Mit Hilfe von Dokumenten der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung, schriftlichen Quellen aus den Archiven der gesellschaftlichen Institutionen wie auch der SED-Leitung wird den Projektteilnehmern/innen aufgezeigt, wie intensiv und anhand welcher Organisationsstruktur die Staatssicherheit mit den Partnern des operativen Zusammenwirkens (POZW) zusammengearbeitet hat.

An diesem Ort des Wegschlusses von Opfern der Überwachung und Verfolgung seitens des Staates ist es selbstverständlich, dass auch bei diesem Thema ein biografischer Bezug zu den ehemaligen Inhaftierten hergestellt wird. Gerade die Zeitzeugen können anhand ihrer Erlebnisse eindrückliche Beispiele, wie Überwachung und Verfolgung in der DDR funktioniert haben, den Projektteilnehmern/innen vermitteln.

7.3.2.3 Jugendpolitik und Generationszusammenhang

Die „Hausherren von Morgen“ – so der Slogan des Jugendkommuniqués des Zentralkomitees (ZK) von 1963 – spielten bei den Planungen der SED stets eine herausgehobene Rolle. Die Jugend sollte von Anbeginn in den Staatsaufbau integriert werden und wurde dafür ideologisch indoktriniert. Dieses Lernprojekt soll sich der staatlichen Jugendpolitik genauso widmen, wie den Versuchen einer stetig wachsenden Anzahl von Jugendlichen, sich diesen Vereinnahmungsversuchen zu entziehen. Auch durch den Vergleich mit anderen Gesellschaften soll den Projektteilnehmern/innen vermittelt werden, welchen Wert es darstellt, vom Staat in keine ideologisch determinierten gesellschaftlichen Rollen und Räume gedrängt zu werden, wenn man heranwächst. So können sie den Wert ihrer Freiheitsrechte durch den Vergleich mit anderen Gesellschaften erfahren und eigenständig herausarbeiten.

Eine wichtige biografische „Wendemarke“ (Turning Point) für die Heranwachsenden in der DDR-Gesellschaft war ihr sechzehntes Lebensjahr. Ungefähr zu diesem Zeitpunkt wurde von Seiten des Staates verfügt, wer auf eine weiterführende Schule gehen konnte, wer sich (bei den Jungen) langfristig für den Dienst in der NVA verpflichtete, oder welche Berufsausbildung dem Heranwachsenden angedacht war. Es war bei vielen Jugendlichen zumeist das erste Mal, dass sie bewusst das Erpressungspotential des Staates erlebten und dessen Macht erkennen mussten. Was danach folgte, bezeichnet Ehrhart Neubert als „Biographien aus dem Baukasten“. Wie sehr die individuelle Lebensgestaltung der Bürger/innen schon in der Adoleszenz von Seiten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen vorgeplant wurde, wird vielen ehemaligen DDR-Bürgern/innen noch sehr bewusst sein. Welche Konsequenzen sich ergaben, wenn Individuen aus diesem geplanten Leben ausbrachen, kann eindringlich an verschiedenen Schicksalen von Inhaftierten in der „Andreasstraße“ nachvollzogen werden.

Um den gesellschaftlichen Emanzipationsprozess auch in seinem Wandel in der DDR aufzuzeigen, bietet sich innerhalb dieses Lernprojektes zudem die Beschäftigung mit der generativen Entwicklung in der DDR an. So verschoben sich in den verschiedenen Jahrzehnten der SED-Diktatur die Konfliktpunkte zwischen Herrschenden und den Heranwachsenden. Das kann anhand exemplarischer Einzelfälle bei den ehemaligen Inhaftierten in der „Andreasstraße“ aufgezeigt werden, aber auch die Akten und Dienstanweisungen des MfS geben Auskunft über die permanente Überwachung von Jugendlichen. Ein generativer Zugang zu der DDR-Wirklichkeit wird die Projektteilnehmer/innen für die Konflikt- und Entscheidungssituationen, welchen sich ehemalige DDR-Bürger/innen in den Jahrzehnten ausgesetzt sahen, sensibilisieren.

Ein anderer Aspekt ist die Bedeutung von Familie und Kindererziehung in der DDR. Die Auseinandersetzung zwischen familiären/individuellen Interessen und den Interessen des Staates ist anhand dieser Konfliktsituation sehr gut herauszuarbeiten und zu präsentieren. Was bedeutete es z.B. in der ehemaligen DDR aus einem christlichen Familienkontext zu kommen? Wie weit ging der Herrschaftsanspruch des Staates auch bei der Kindererziehung?

Die Auseinandersetzung zwischen Individuum und staatlichen Lenkungsversuchen zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der DDR. Die dabei sich in den Jahrzehnten verändernden Konfliktlinien, die gesuchten und gefundenen Lösungen des Staates, um auf die Entwicklung der Gesellschaft zu reagieren, lassen sich in diesem Lernprojekt genauso darstellen wie das Unvermögen und Scheitern der Herrschenden, auf individuelle Emanzipationsbestrebungen zu reagieren.

Darüber hinaus kann dieser Zugang zum DDR-System sowohl eine transnationale Perspektive als auch die Geschichte der zwei deutschen Diktaturen in den Blick nehmen. Durch diese Vergleichsperspektive soll gezeigt werden, wie sich demokratische und nichtdemokratische Staaten in diesem Punkt voneinander unterscheiden. Für die Auseinandersetzung mit diesen Themen sind insbesondere Jugendliche als Zielgruppe avisiert. So wird es hier z.B. eine Aufgabenstellung sein, die Projektteilnehmer/innen erarbeiten zu lassen, welche biografischen Wendemarken sie in ihrer Gegenwart ansetzen würden und welche Konsequenzen sich für ihre heutige Lebenswelt aus diesen Erkenntnissen ergeben.

7.3.2.4 Gesellschaft und Eigentum

Dieses Projekt des „Lernortes“ dient der Sensibilisierung für eine zentrale Wertkategorie unserer heutigen Gesellschaft – dem *Eigentum*.

Mit diesem Lernprojekt sollen im Schwerpunkt sozioökonomische Fragestellungen diskutiert werden, die oftmals nicht selbstverständlich im Bildungsangebot von Gedenkstätten verankert sind. Diese Tatsache steht jedoch in einem eklatanten Widerspruch zum gesellschaftlichen Stellenwert und dem öffentlichen Interesse, das die Wirtschaft bzw. wirtschaftspolitische Problemstellungen in der jeweiligen Lebenswelt genießen. Doch nicht nur das: Für die Historisierung der zwei Diktaturen in Deutschland bedeutet diese Ignoranz der ökonomischen Dimension oftmals sogar die Negation realpolitischer Zwänge der historischen Akteure.

Mit der vergleichenden Analyse der Eigentumsverhältnisse im Nationalsozialismus, in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR soll diesem Defizit entgegen gearbeitet

werden.

Der Zugang über *Eigentum* als eine rechtlich kodierte Norm innerhalb einer Gesellschaft ist dabei außerordentlich gehaltvoll, um politische und wirtschaftliche Aspekte und ihren Zusammenhang komplex und eindringlich darzustellen. Grundsätzlich ist *Eigentum* mit dem Anspruch politischer Partizipation der Individuen in einer Gesellschaft verbunden, zugleich wirkt es einschränkend auf die Lebensverhältnisse Einzelner, da in der Durchsetzung von *Eigentum* und dem geltenden Recht auf *Eigentum* das jeweilig vorherrschende Gewaltmonopol deutlich sichtbar wird.

Anhand einer systemvergleichenden Analyse dieses Zusammenhangs sollen die Eigentumsverhältnisse in ihrer spezifischen politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Dimension von den Projektteilnehmer/innen hinterfragt werden:

Inwiefern und wie hat diese scheinbar überindividuelle Wertkategorie in die Lebensgestaltung des Einzelnen eingegriffen? Was hat es konkret und in der sozialen Praxis bedeutet, in einer Gesellschaft wie der ehemaligen DDR zu leben, in dem das Eigentum formal in der Hand aller gelegen hat? Inwieweit konnten Bürger/innen im Nationalsozialismus und in der DDR ihren Privatbesitz einklagen bzw. sich gar gegen die Enteignung eines privaten Familienbetriebes wehren, wenn ihr Besitz im „Staatsinteresse“ lag? Was geschah mit dem privaten Eigentum, wenn Individuen als politisch Inhaftierte im Gefängnis einsaßen oder das Land verlassen hatten? Wie in allen anderen Lernprojekten sind auch diese Fragen und das Herstellen von Zusammenhängen zwischen diesen Fragen wichtig. Der Bezug zu ganz konkreten lebensweltlichen Problemstellungen steht dabei immer im Vordergrund, also etwa die offiziellen Begründungen zu Enteignungen von Familienunternehmen einzelner DDR-Bürger oder die Zwangsumsiedlung aus den Grenzgebieten oder die „Arisierungen“ im Nationalsozialismus etc.. Es soll verständlich werden, dass das Recht auf Eigentum auch als ein individuelles Freiheitsrecht zu begreifen ist und seinen Wert zu erkennen, den es kontinuierlich durchzusetzen und zu schützen gilt.

Wie soll dieses Lernprojekt konkret aussehen? Den Teilnehmer/innen wird eine ausgearbeitete Arbeitsmappe zur Verfügung gestellt, die neben einer allgemeinen Einführung in das Thema Dokumente anbietet, um individuell wählbare Fragestellungen zu bearbeiten. Diese können von einer Beschäftigung mit den philosophischen Grundlagen (z.B. die theoretischen Texte von David Hume und Karl Marx aber auch die Verfassung der DDR und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland) bis hin zu einzelnen Aspekten der Planwirtschaft reichen.

Des Weiteren bietet es sich an, Fallbeispiele aus dem Bezirk Erfurt oder aus der Region

Thüringen auszuwählen, anhand derer die Problematik aufgezeigt werden kann.

7.3.2.5 Literatur und Kunst

„Es benennt - ausgelöst durch den konkreten Ort und doch nicht allein auf ihn beschränkt, das Illegitime des Wegsperrens, des Aussonderns von Unwertem. Es macht sinnlich erlebbar die Einfühlung in die Situation des Ausgeliefert-seins, des „Auf-sich-selbst-zurück-geworfen-seins“.“ (Manfred May zu EINSCHLUSS 2)

Es kann nicht anders als ein großes Glück bezeichnet werden, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit einem Ort wie der MfS-UHA mit den Projekten EINSCHLUSS 1 BIS 3¹⁵ begonnen hat. Diese Form des ästhetisch-abstrakten Zugangs, der vom konkreten historischen Ort ausgeht und versucht, ihn gleichermaßen zu ergünden wie über ihn in seiner Aussagekraft und Wirkmacht hinauszugehen bzw. sogar ihm antithetisch zu antworten, soll mit diesem Lernprojekt bewahrt bzw. weiter geführt werden.

Die Erschließung der Geschichte von Einzelschicksalen in der Haft sowie die Weitervermittlung der in dieser Zeit erlebten Gefühle von Depression, Demütigung und Angst an Nichtbeteiligte können sowohl Kunst wie auch Literatur eindringlich vermitteln. Literatur und Kunst können aus ganz eigenen und nur ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für derartige Betrachtungen schöpfen.

Dabei versucht die Literatur in der Verfremdung realer bzw. historisch komplexer Inhalte, Deutungen anzubieten. Sie versetzt sich so in die Lage bzw. ermächtigt sich, Urteile über individuelle Schicksale, historische Konstellationen oder konkrete Zeitgeschehnisse zu fällen und sie in diese gesellschaftliche Diskussion zu bringen - ohne Rückversicherung, ohne Quellenkritik, sozusagen ohne Gewähr. Sie kann damit zwar keine wissenschaftliche Legitimation erwerben, sie bietet aber einen unverzichtbaren komplementären Dialog zur Wissenschaft und setzt dabei einen Dialog in Gang, auf den sich die geisteswissenschaftliche Forschung immer wieder gewinnbringend bezieht, ja von dem sie teilweise sogar erst Themen aufnimmt. Literatur ist eine Antriebskraft, sie kann gesellschaftliche Konventionen schlicht aussetzen, denn sie betreibt eine *Politik mit anderen Mitteln*. Diese Denkfreiheit, das Diskussionsangebot und auch die enge Verbindung zwischen wissenschaftlicher Forschung und Literatur sollte eine *moderne* Gedenkstätte, wie sie hier angedacht wird, aufnehmen, anbieten und gestalten.

¹⁵ Katalog zur Ausstellung Einschluss. Ausstellung in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS-Erfurt-Andreasstraße. 15. Juni – 15. September 2005.

Wie kann ein Lernprojekt, das sich über Literatur und Kunst der MfS-UHA in Erfurt annähert, aussehen? Hier sind der Phantasie wenig Grenzen gesetzt und dieses Lernprojekt ist als ein wesentlicher Bestandteil der „Gedenkstätte in progress“ angelegt. Angedacht sind beispielsweise die eigenständige Erarbeitung von Abendveranstaltungen in der „Andreasstraße“ oder die Bearbeitung von angebotenen oder eingebrachten Texten in neue Medien (Hörspiel, Film etc.) durch die jeweiligen Projektteilnehmer/innen.

Die Auswahl der Texte wird sich weitgehend mit den Themen, die der historische Ort anspricht und aufruft, auseinandersetzen.

Gerade für dieses Lernprojekt spielt die *Lager-Erfahrung* im 20. Jahrhundert eine wesentliche Rolle¹⁶ und auch der ansonsten dominante deutsche Bezug muss hier erweitert werden. Demnach kann es nicht alleine um literarische Texte gehen, die sich mit der Repressionserfahrung in DDR-Untersuchungshaftanstalten beschäftigen. Festzuhalten ist, dass keine von vorneherein verengende Literatúrauswahl getroffen werden soll. Wesentlich an diesem Projekt ist vor allem der experimentelle offene Charakter des Lernprojektes. Das bedeutet für die Projektarbeit, dass sie sowohl eine intensive Vorbereitung und Betreuung als auch einen größeren Vorlauf durch die Teilnehmer/innen vorsieht. Es muss gezielt um interessierte Gruppen an den Schulen und Hochschulen geworben werden. Die Ergebnisse dieser aufwendigen, gleichwohl gehaltvollen und bedeutsamen Projektarbeit sollen als Wechsel- bzw. Sonderausstellungen verankert werden bzw. einen Beitrag zum kulturellen Angebot der Stadt Erfurt leisten. Um diese Arbeit aufzunehmen, lässt sich ein zeitlich befristetes Stipendium an Künstler/innen vorstellen, die ein solches Projekt anschieben und gezielt Impulse setzen.

7.3.2.6 Das Entstehen von Geschichte: Die Debatte um die Aufarbeitung zweier Diktaturen

2009 werden der Fall der Mauer und das damit einhergehende Ende des Kalten Krieges zwanzig Jahre her sein. Die Diskussionen, was die DDR für ein politisches System war, werden bis dahin nicht abgeebbt sein und es wird immer noch um die Deutungshoheit gestritten werden. Die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“, die zwei Jahrzehnte nach dieser historischen Zäsur eröffnet werden soll, muss es sich zur Aufgabe machen, die Genese des kollektiven Erinnerns und Gedenkens aufzunehmen und zu diskutieren.

¹⁶ Vgl.: Kotek, Joel/Rigoulot, Pierre (2001): Das Jahrhundert der Lager: Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung. Berlin.

Das historische Gebäude der ehemaligen MfS-UHA in Erfurt selbst geht in seiner Bedeutung weit über die Geschichte als Gefängnis hinaus. Mit den unmittelbar angrenzenden Gebäuden der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS und des ehemaligen Bezirksgerichtes der DDR bildete es eine Einheit, deren direkte Zugänge untereinander heute noch nachzuvollziehen sind. Dieses Gelände in seiner Gesamtheit war in der ehemaligen DDR ein Symbol der SED-Macht, der Beherrschung und bewussten Einschüchterung der Bürger/innen. Die Erstürmung der Bezirksverwaltung am 4. Dezember 1989, bei der auch die damals schon leere Gefängnisetage des MfS betreten wurde, gilt noch heute für viele Erfurter/innen auch als Akt der Selbstbefreiung. Dass die Geschichte des Hauses und der DDR an diesem Tag nicht zu Ende war, versteht sich.

Der Zeit nach 1989 soll dieses Lernprojekt gewidmet sein. Die Aufarbeitung der Geschichte des MfS und der SED war genuines Anliegen der oppositionellen Kräfte der Friedlichen Revolution 1989. Die Einrichtung der Staatssicherheitsunterlagengesetze (StUG) und einer Bundesbehörde, welche die Aufarbeitung institutionalisierte, ist ein Erfolg dieser Bestrebungen. Die Entwicklung dieser Aufarbeitungsleistung soll hier dargestellt werden. Die Debatten, die in den letzten Jahrzehnten im politischen Feuilleton wie in der wissenschaftlichen Forschung zur DDR-Vergangenheit stattfanden, werden in diesem Lernprojekt besprochen und bearbeitet. Interessierte Projektteilnehmer/innen können in den Umgang mit Quellen und Akten eingeführt werden und darüber reflektieren, wie und warum Geschichtsaufarbeitung betrieben wird. Doch auch ganz konkrete und in der Geschichte der „Andreasstraße“ verankerte Themen sollen in diesem Projekt bearbeitet werden. So sind hier Fragen zu diskutieren wie: Was ist aus den ehemaligen Akteuren der Friedlichen Revolution 1989 geworden und wie sind sie im System der Bundesrepublik Deutschland „angekommen“? Welchen Status haben die Opfer der politischen Verfolgung in diesem neuen System und wie verlief die juristische Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur? Anhand dieser Fragestellungen werden die Teilnehmer/innen dafür sensibilisiert, mit wachem Auge die Auswirkungen der zwei deutschen Diktaturen bis in unsere heutige Zeit zu verfolgen. Dieses Lernprojekt ist vorwiegend für die Zielgruppe der Gymnasiasten/innen und Lehramtsstudenten/innen ausgelegt und zudem mit den vorhergehend beschriebenen Ansätzen kombinierbar. Gerade die Fragen nach *Eigentum* in der sozialistischen bzw. demokratischen Gesellschaft korrespondieren mit den hier angesprochenen Themen der juristischen Aufarbeitung nach 1989.

7.3.3 Wie sich der Lernort in der Ausstellung widerspiegelt

Der „Lernort“ ist wesentlicher konzeptioneller Bestandteil der Gedenk- und Bildungsstätte in der Andreasstraße, ohne als „Ort“ – im eigentlichen Sinne – in Erscheinung zu treten. Der Lernort bezeichnet die pädagogische Arbeit und kommt doch zugleich immer wieder in der Dauerausstellung vor. Die bisher ausgewählten Themen (7.3.2.1 bis 7.3.2.6), die detailliert und differenziert von den Teilnehmer/innen in den Projekten bearbeitet werden können, ermöglichen einen vielfältigen und interessengeleiteten Zugang zur Geschichte der zwei Diktaturen in Deutschland.

In der Dauerausstellung werden die Lernprojekte anhand vertiefender Informationen in Form von Aktenmaterial, Statistiken und exemplarischer Biografien von Inhaftierten präsentiert. Mit Hilfe dieser ausgewählten Unterlagen können so von den Projektteilnehmer/innen z.B. Informationen zur Zersetzung von Jugendlichen und ihren Gruppen, aber auch der Vernichtung selbstständiger Erwerbsbiografien erarbeitet werden. Auch die bereitstehenden multimedialen Arbeitsplätze, die Häftlingskartei und die Konsolen des Hörarchivs können sowohl für Individualbesucher/innen wie für Projektteilnehmer/innen zur Vertiefung genutzt werden.

Die Zeitzeugen sind mit ihren Führungen und der Bereitschaft, den Projektteilnehmer/innen Rede und Antwort zu stehen, ebenfalls wesentliches Bindeglied zwischen der Dauerausstellung und dem bildungs-pädagogischen Themen des Lernortes.

Es existiert demnach eine für die Individualbesucher/innen sich erklärende und informierende Ausstellung, in der Haus- und Haftgeschichte in der UHA Andreasstraße präsentiert und dokumentiert werden. Als zweite Ebene wird aus der Dauerausstellung heraus und anhand einer Schwerpunktsetzung von zu behandelnden Themen die bildungspolitische Arbeit in der Gedenk- und Bildungsstätte sichergestellt.

8. Erläuterungen zum Finanzplan

Der Verein „Freiheit e.V.“ wie auch die Stadt Erfurt kommen als Träger der Einrichtung in Frage. Dem Träger werden zukünftig die Verhandlungen zur Liegenschaft und die Beantragung der Fördermittel obliegen.

Die Möglichkeiten der Finanzierung sind vielfältig und bedürfen noch weiterer Spezifizierungen. Die hier gemachten Vorschläge beruhen noch auf keiner sachlichen Grundlage und verstehen sich als Empfehlungen. Inwieweit eine längerfristige und institutionelle Förderung gesichert werden kann, bedarf weiterer Verhandlungen und Überlegungen. Dessen ungeachtet existiert beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) momentan die Möglichkeit, Mittel für Projekte, die sich mit dem 20. Jahrestag von 1989 beschäftigen, zu beantragen.

Weiterhin können Projektmittel über die von der Europäischen Union (EU) aufgelegte Förderung von „authentischen Orten“, sowie über die „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“ beantragt werden.

Mit der Stadt Erfurt sollte verhandelt werden, dass sie die Betriebskosten des Hauses jährlich trägt, wie auch, dass sie die sicherlich anfallenden Reparaturen am Haus durch den städtischen Bauhof ausführen lässt. Dies könnte eine Möglichkeit sein, die Stadt in die laufenden Kosten der „Andreasstraße“ einzubinden, ohne zu sehr in den städtischen Haushalt einzugreifen.

8.1 Das Gebäude: Sanierung und Ertüchtigung

Um die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ auf einen modernen bautechnischen Stand zu bringen, bedarf es einer grundlegenden Sanierung des Zellentrakt-Gebäudes. Dabei darf jedoch der *Geist* des Hauses nicht beschädigt werden. Die konzeptionelle Raumplanung (siehe Raumkonzept) muss sich daher an der existierenden Zellenstruktur orientieren und so behutsam wie möglich vorgenommen werden. Aufgrund der Zellsituation und, um gleichzeitig die Anforderungen an eine Bildungsstätte zu gewährleisten, ist es daher unabdingbar, die größeren Räume des Querriegels entlang der Andreasstraße mit zu nutzen. Die dort befindlichen Räumlichkeiten z.B. die ehemalige Kapelle sind als Seminarräume integrativer Bestandteil des Ausstellungskonzeptes. Zudem ermöglicht diese Teilnutzung des Querriegels, den (alten) Zugang über die Andreasstraße wiederherzustellen und somit die Gedenk- und Bildungsstätte im

Zentrum von Erfurt zu etablieren. Die im Erdgeschoss befindlichen Räume des Querriegels stellen weiterhin die Möglichkeit bereit, einen nutzbaren Eingangsbereich für die Besucher/innen zu gestalten. In diesem sollte u.a. für sie die Möglichkeit gewährleistet sein, ihre Garderobe abzugeben, sich Informationsmaterial zu beschaffen und einen Überblick über die Ausstellungsschwerpunkte zu bekommen.

8.2 Das Gebäude: Kostenschätzung für Sanierung und Ertüchtigung

Die baulichen Veränderungen und Kosten für die Sanierung sind mit dem heutigen Wissensstand nur ungenau einzuschätzen und zu veranschlagen. Beim derzeitigen Stand der Diskussion mit den Alternativen: Gebäude nur mit Zellentrakt oder gesamte Anlage wird genutzt oder Büro-Gedenkstätten-Mischnutzung lässt sich eine seriöse Kostenschätzung nicht gewährleisten.

Die hier angegebenen Zahlen lehnen sich an eine Kostenschätzung des Architektur- und Ingenieurbüros Bunge & Kahlo vom 13. August 2007 an, die vom Umbau und der Nutzung des Querflügels (ehemaliger Gefängnistrakt) ausgeht.

8.3 Ausstellung: Kostenschätzung für Erstinvestition

Die Kostenschätzung für die Erstinvestition unterteilt sich in zwei Finanzposten:

1. Die Kosten für die Gebäudeertüchtigung, die das Objekt in einen Zustand versetzt, der die Einrichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte gewährleistet. Diese Kosten belaufen sich auf 496.230 € (siehe Anlage).
2. Bei der Erstinvestition müssen die Kosten für den Aufbau der Dauerausstellung miteingeplant werden. Die Konzeption als „Gedenkstätte in progress“ erlaubt es, die Gedenk- und Bildungsstätte im unteren Sektor der üblicherweise in Deutschland veranschlagten Kosten für die Errichtung einer Dauerausstellung anzusiedeln. Nach Rücksprache mit Museumsdienstleistern und Ausstellungsgestaltern können für die geplante Gedenkstätte Kosten in Höhe von 300 Euro pro Quadratmeter veranschlagt werden.¹⁷ Das entspricht einer Summe von 607.500 Euro für die Erstinvestition der Dauerausstellung. In dieser Summe sind unter anderem die Kosten für die

¹⁷ Schwarz/Teufel (Hrsg.) (2001): Handbuch Museologie und Ausstellungsgestaltung Ludwigsburg. Braun/Peters/Pyhel (Hrsg.) (2003): Faszination Ausstellung. Leipzig.

Ausstellungsmöbel (Vitrinen, Hängeschienen, Texttafeln) wie auch die Kosten für den interaktiven Teil der Ausstellung (Computer, Hörstationen) enthalten.

Für eine Kostenreduktion bei der Gestaltung der Ausstellung ist von Anbeginn darauf zu achten, dass bei der Sanierung des Gebäudes die spätere Nutzung der Zellen mitbedacht wird. Ebenso können durch die Nutzung bereits vorhandener Ressourcen (Vitrinen, Texttafeln, Mobiliar, Gestalter) z.B. des Stadtmuseums bzw. der Stadt die Kosten entsprechend günstiger gestaltet werden.

8.4 Ausstellung: Kostenschätzung der Betriebskosten

8.4.1 Besucherzahlen und Öffnungszeiten

Um eine kontinuierliche Gedenkstättenarbeit zu leisten und der Besonderheit der Lage im Erfurter Stadtzentrum gerecht zu werden, ist eine Öffnungszeit von Dienstag bis Sonntag 10.00 bis 18:00 Uhr vorgesehen. Da zu diesem Zeitpunkt noch keine verlässlichen Zahlen zu den zu erwartenden Besucherströmen und Nachfragezeiten vorliegen, werden die Öffnungszeiten nach einer Testphase besucherorientiert ausgerichtet. Unabhängig von den individuellen Tagesbesuchern wird über ein gesteuertes Besucherprogramm (Schulklassen, Gruppenfahrten etc.) eine gleichmäßige Auslastung der Gedenk- und Bildungsstätte angestrebt.

8.4.2 Ausstellung: Personal- und Betriebskosten

Geschichte wird vermittelt! Um die „Andreasstraße“ als Ausgangspunkt einer *integrativen Lernlandschaft* in Thüringen zu projektieren und ihr damit eine überregionale Bedeutung zuzuschreiben, ist es weiterhin von Nöten, an diesem Ort intensiv an der wissenschaftlichen Ausrichtung und Forschung zu arbeiten. Bei den anstehenden Forschungsaufgaben und der intensiven Projektarbeit sollte ein wissenschaftlicher Mitarbeiter/in eine Anstellung erhalten, der die Forschung und wissenschaftliche Vernetzung weiter vorantreibt und zudem den pädagogischen Schwerpunkt der Gedenk- und Bildungsstätte abdeckt. Denn es müssen nicht nur die Projekte des Lernortes stets weiterentwickelt werden, sondern es wird auch nötig sein, die Honorarkräfte, die zur Umsetzung der Lernprojekte unabdingbar sind, anzuleiten und zu koordinieren. Um die Personalkosten so gering wie möglich zu halten, werden die

Projektbetreuer/innen auf Honorarbasis angestellt. Der Besucherdienst muss die Werbung bei den Trägern der politischen Bildung vorantreiben, die Gruppen koordinieren und die Honorarkräfte buchen. Für die Sicherheit auf den Etagen und den Einlass werden voraussichtlich fünf Personen auf 410€ Basis benötigt. Das ergibt beim Personal folgende Kosten:

- eine Personalstelle für die wissenschaftliche und pädagogische Leitung:

Weiterentwicklung der Lernprojekte, Anleitung der Honorarkräfte, Antragsstellung, Lobbyarbeit, Vernetzung in der wissenschaftlichen Forschung, Öffentlichkeitsarbeit.

ca. 59.000 €/Jahr¹⁸

- Mittel für Honorarkräfte

Um die Lernprojekte umzusetzen und größere Gruppen betreuen zu können, sind Honorarkosten für freie pädagogische und wissenschaftliche Mitarbeiter/innen einzuplanen. Durch den flexiblen Einsatz von Honorarkräften kann die Kosten verursachende Betreuungsleistung optimal auf den Bedarf abgestimmt werden.

ca. 80.000 €/Jahr

- Mittel für Sicherheitskräfte

Um die Sicherheit in der Gedenkstätte zu gewährleisten, ist es von Nöten, Personal auf 410€-Basis einzustellen. Hier wird von fünf Kräften ausgegangen, deren wöchentliche Arbeitszeiten dann im Sinne der Gedenkstätte koordiniert werden müssen.

30.720 €/Jahr

¹⁸Die Vergütung der Planstelle erfolgt nach der Vergütungsgruppe E11/IV a FG 1b, der Anteil der wissenschaftlichen Tätigkeiten liegt unter 50 %.

- Besucherdienst/Verwaltung

Um Gruppen und Teilnehmer/innen der Lernprojekte zu bewerben und zu koordinieren, wird eine Stelle für den Besucherdienst eingeplant.

ca. 37.000 €/Jahr

Summe Personalkosten **206.720 €/Jahr**

Neben diesen veranschlagten Personalkosten fallen noch die Betriebskosten für das Gebäude an. Da die Andreasstraße über längere Zeit Leerstand zu verzeichnen hatte, kann hier nur eine Vergleichsgröße eines Hauses ähnlicher Größe und Bauart angenommen werden. Die Betriebskosten beziehen sich auf eine tagtägliche Nutzung innerhalb eines Jahres und belaufen sich auf ca. 61.200€ (siehe Anlage).

Hinzu kommt eine vorerst pauschal geschätzte Größe von 30.000€ pro Jahr für die anfallenden Büro- und Werbungskosten.

Als Einnahmen können momentan 46.500€ (bei 20.000 Besuchern im Jahr) und 20.000€ Spenden und Sponsoring gegengerechnet werden. Das führt für ein Haushaltsjahr zu folgenden Kosten (siehe Anlage):

Personalkosten	206.720 €
Betriebskosten/Haus (Ohne Miete)	61.200€
Büro/Werbe/Veranstaltungskosten	30.000€
Einnahmen (Eintritt und Gebühren für die pädagogische Arbeit)	ca. 66.500 €
<u>Gesamt</u>	<u>231.420 €/Jahr</u>

Diese Ausgaben, die ab dem Eröffnen der Gedenk- und Bildungsstätte entstehen, müssen aus verschiedenen Quellen gedeckt werden. Eine intensive Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum Erfurt birgt Einsparpotentiale. Inwieweit eine wissenschaftliche Stelle auch über die Ressourcen des Stadtmuseums abgedeckt werden kann, muss geprüft werden. Zudem können Projektmittel für die Erforschung des authentischen Ortes bei der „Stiftung Aufarbeitung“ bzw. der Projektförderung „Aktion 4 – Aktive europäische Erinnerung“ der Europäischen Union beantragt werden. Auch bei den Betriebskosten besteht Einsparpotential, wenn die Stadt Erfurt

als institutioneller Träger sich anteilig an diesen beteiligt. Letztlich ist aber eine institutionelle Förderung durch Stadt und Land anzustreben, um den Betrieb der Gedenk- und Bildungsstätte langfristig zu sichern.

8.5 Strategische Partner und Öffentlichkeitsarbeit

Die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ muss in die existierende deutsche *Erinnerungslandschaft* eingegliedert werden und sollte darüber hinaus neue Wege in der Erinnerungs- und Gedenkarbeit aufzeigen. Dafür ist es wesentlich, die „Andreasstraße“ in das bestehende bundesweite Gedenkstättennetz zu integrieren und zugleich *neue* Wege zu beschreiten. Als strategische Partner kommen natürlich und in erster Linie die Museen und Gedenkstätten, die sich mit der NS- und/oder SED-Diktatur in Thüringen beschäftigen, in Frage. Hier sollte eine besser organisierte und strategische Zusammenarbeit angestrebt werden. Als Möglichkeit, kann hier über eine Bildungsinitiative – ähnlich wie in Sachsen – nachgedacht werden.¹⁹ Eine solche Demonstration und Institutionalisierung der historischen Aufarbeitung könnte den Gedenkstätten in Thüringen eine höhere gesellschaftliche und politische Legitimation verschaffen. Zugleich wäre die Unterzeichnung einer Bildungsinitiative ein Signal für die Bedeutung, in der ehemaligen MfS-UHA in Erfurt eine neue „Gedenk- und Bildungsstätte“ einzurichten.

Als weitere strategische Partner - neben dem Land Thüringen und der Stadt Erfurt – kommen in Frage:

- die einzelnen Schulen im Freistaat,
- die Universitäten in Erfurt und Jena,,
- das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (THILLM),
- das Thüringer Bildungsministerium,
- die existierenden Opferverbände,
- das Bürgerkomitee Thüringen e.V.,
- die BStU mit ihren Außenstellen in Gera, Suhl und Erfurt,
- das Stadtmuseum Erfurt,

¹⁹Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung des Staatsministers für Kultus des Freistaates Sachsen und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. November 2006.

- die Stiftung „Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora“,
- die verschiedenen Grenzlandmuseen und die Gedenkstätte „Amthordurchgang“ in Gera,
- die „Stiftung Aufarbeitung“ in Berlin.

Des Weiteren wäre eine tiefer gehende Partnerschaft mit dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte (ThürAZ) in Jena wünschenswert, um einen umfassenden Zugang zu Quellen von nichtstaatlicher Provenienz zu gewährleisten. Gerade der Blick in Zeitzeugnisse *von der anderen Seite* lassen die in der Projektarbeit benutzten Akten der BStU oftmals in einem anderen Licht erscheinen und tragen elementar zur genaueren Geschichtsbetrachtung bei.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Gedenk- und Bildungsstätte wird zentraler Bestandteil der täglichen Arbeit sein. Durch gezielte Telefonwerbung, Handzettel, Broschüren zu den Projekten etc. müssen die Schulen und Träger der politischen Bildung in und über Thüringen hinaus direkt angesprochen werden. Durch die in der Ausstellung integrierten Lernprojekte wird eine intensive und professionelle pädagogische Arbeit möglich sein, die sich explizit als flexibel integrierbares Angebot für die Aus- und Fortbildung in der Schule und Universität versteht.

9. Zeitplan und arbeitsteiliger Prozess

9.1 Eröffnung

Die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ muss von Anbeginn in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und der Forschungsgemeinschaft verankert werden. Um beides zu gewährleisten, sollte die Eröffnung mit einer Tagung über die Bedeutung des Gedenkens und den Möglichkeiten der Geschichtsvermittlung einhergehen. Gerade diese auf das *Lernen* ausgelegte Einrichtung empfiehlt sich, der Geschichtsaufarbeitung in Deutschland neue Impulse zu verleihen. Öffentliche Aufmerksamkeit würde die „Andreasstraße“ dahingehend erlangen, wenn während der Zeit der Eröffnung, z.B. die Topografie der Macht nach außen getragen wird, und die katalogisierten Orte temporär im Stadtbild ausgezeichnet werden. Die deutliche Kennzeichnung dieser ehemaligen Orte der SED-Macht würde die Erfurter Bürger zum Nachdenken anregen und ihr Interesse an der Gedenk- und Bildungsstätte wecken.

9.2 Die wichtigsten Gewerke zum Aufbau der Ausstellung

Der Aufbau der Dauerausstellung und die Koordinierung zwischen einem pädagogischen Ansatz und der Ausstellungsgestaltung ist ein vielschichtiger und hoch arbeitsteiliger Prozess. In der Zeit der Vorbereitung muss eine enge Zusammenarbeit zwischen so unterschiedlichen Gewerken wie Innenarchitekten/innen, Ausstellungsarchitekten/innen, Museumspädagogen/innen (Museumspädagogischer Dienst) und den für die Sanierung des Gebäudes zuständigen Baufirmen erfolgen. Hinzu kommt, dass die Außendarstellung der Gedenk- und Bildungsstätte professionell gestaltet werden muss. Dazu zählen gleichermaßen ein Internetauftritt wie auch die Gestaltung eines corporate design.

9.3 Pädagogische Betreuung und die zu schaffenden Beiräte

Zur weiteren Umsetzung des Konzeptes ist es unabdingbar, einen wissenschaftlichen Beirat für die Gedenk- und Bildungsstätte einzuberufen. Dieser sollte zum Einen die wissenschaftliche Vernetzung der Gedenkstätte sicherstellen und ausbauen, und zum Anderen an der weiteren Profilierung des konzeptionellen Ansatzes mitwirken. Des Weiteren sollte ein Zeitzeugenbeirat gegründet werden, um die Anregungen, Bedürfnisse und Erwartungen der Zeitzeugen in die Umsetzung und den Betrieb der Gedenk- und Bildungsstätte einfließen zu lassen.

Als arbeitstechnischer Schwerpunkt des vorliegenden Konzeptes drängt sich das pädagogische Programm des Lernortes auf. Um dieses aus- und aufzubauen, soll mit den universitären Einrichtungen des Landes genauso zusammengearbeitet werden wie auch mit Bildungseinrichtungen außerhalb Thüringens. Die eingesetzten Honorarkräfte zur Betreuung der Lernprojekte müssen sich sukzessive weiterbilden, um den sich beständig weiterentwickelnden pädagogischen Ansprüchen an die Gedenk- und Bildungsstätte gerecht zu werden.

9.4 Anstehende Aufgaben - „To do“-Liste

Das vorliegende Konzept möchte mit der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ eine *integrative Lernlandschaft* in Thüringen begründen. Mit der Verortung in der Andreasstraße und der weiteren wissenschaftlichen Erforschung dieses Ortes besitzt die Gedenk- und Bildungsstätte eine Aufgabe, aus der heraus sie sich weiter entwickeln kann. Um 2009 eröffnen zu können, liegen noch viele Aufgaben an. So müssen die Fragen um die Liegenschaft endgültig geklärt und eine Trägerschaft der Gedenk- und Bildungsstätte gefunden werden. Die Ausarbeitung der Lernprojekte muss mit Hilfe von externen Pädagogen/innen vorangetrieben, und die Forschung am und mit dem authentischen Ort der MfS-UHA in Erfurt vertieft werden. Das Archiv sollte weiter ausgebaut werden, auch wenn die Vervollständigung einen mittelfristigen Prozess darstellt, der dann durch Fördermittel abgesichert werden kann. Wichtig ist, dass diese Aufgaben an einer Stelle zusammengeführt und koordiniert werden. Der technische Aufbau der Gedenkstätte und die Verankerung der wissenschaftlichen Forschung darin, müssen zusammengedacht und zusammen durchgeführt werden. Auch dies verspricht eine Kostensenkung bei der Gestaltung der Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“.

Erarbeitet von Dr. Peter Wurschi
unter Mitarbeit von Ulrike Schulz.